Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

P.b.b.
Preis: S 8,

Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.-, Halbjahresabonnement S 100.- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb

Nr.23/80
6.10.1980

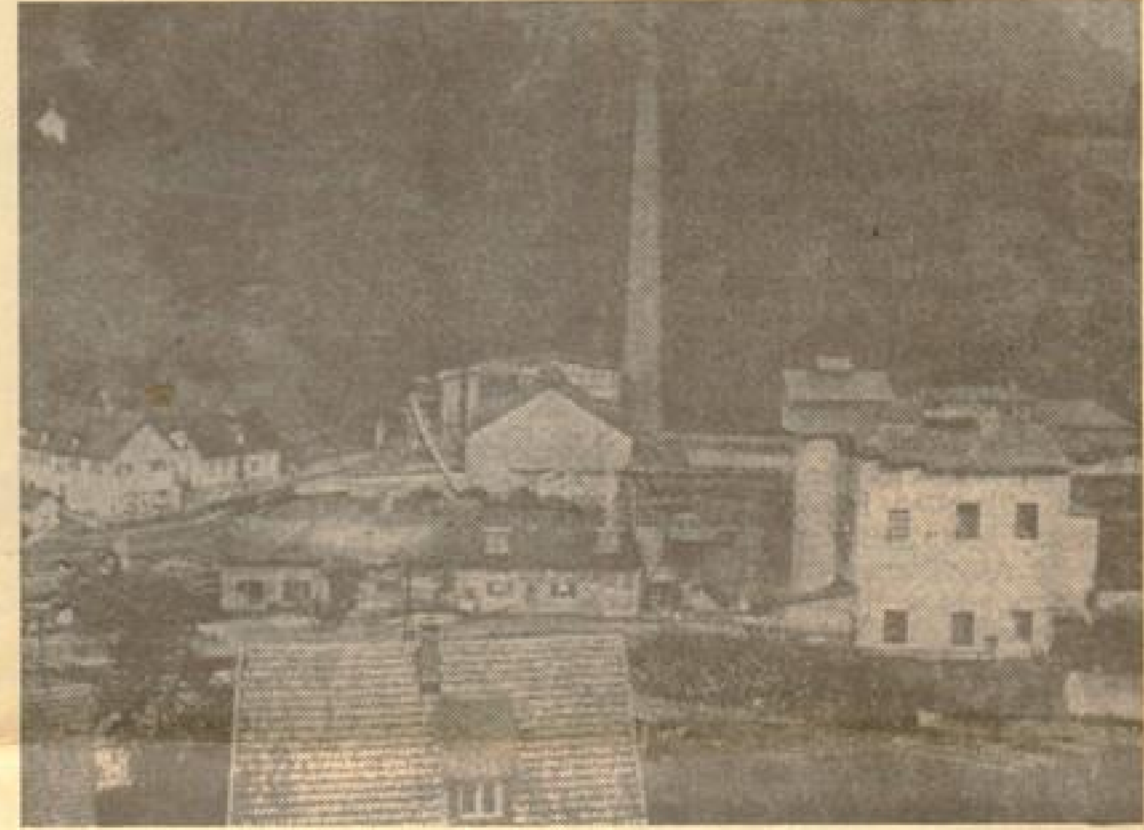
Metall- Bergbau-Energie: Lohnraubabschluss macht Nachschlag nötig

Ziel der Kapitalisten in dieser Lohnrunde war ein Abschluß unter der Inflationsrate. Der Metallarbeiterabschluß von 6,2% liegt auf jeden Fall nicht nur "unter der Inflationsrate", sondern weit darunter. Der ÖGB-Bundesvorstand hatte demgegenüber beschlossen, daß er auch heuer "Reallohnerhöhungen" anstrebe. Sicherung des bereits erreichten Reallohnniveaus mußte aber jedenfalls das Minimalziel der Gewerkschaft sein. Es ist ganz klar, daß dieses Ziel bei den Metallarbeitern nicht erreicht worden ist. Nimmt man nicht die Brutto-, sondern die Nettolöhne, dann sieht man, daß der neue Kollektivvertrag faktisch Reallohnabbau von etwa 3% sanktioniert. Derartigen Reallohnabbau binnen eines Jahres hat es seit langem nicht gegeben.

Kein Gerede über "harte Verhandlungen" kann vertuschen: Die Kapitalisten haben einen vollen Ssieg errungen, sie kosten diesen Sieg erst richtig aus. Von einem "Erfolg" der Gewerkschaft oder auch nur einem "Kompromiß" kann keine Rede sein. Auch in den vergangenen Jahren hat Reallohnabbau stattgefunden. Aber bisher haben die Kapitalisten immer versucht, das zu verschleiern und davon geredet, daß die Reallöhne gestiegen seien. Heuer sagen sie offen, daß der Abschluß unter der Inflationsrate liegt. Sie wollen damit das Ansehen der Gewerkschaft, das ohnehin durch die üble Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung schon genügend untergraben ist, noch weiter untergraben. Den Arbeitern soll ihre Machtlosigkeit demonstriert werden.

Der Metallarbeiterabschluß wird aber – abgesehen von den negativen Folgen für die Metallarbeiter selbst – auch negative Folgen für die anderen Lohnabhängigen haben. Der Metallarbeiterabschluß bildet immer eine gewisse Leitlinie und alle anderen Branchen werden es schwer haben, höher abzuschließen. Dieser Abschluß ist ein starkes Argument für den allgemeinen Lohnabbau. Je rascher und lauter die Forderung nach einer Nachschlagsforderung bei den Metallarbeitern erhoben wird, desto günstigere Bedingungen schaffen damit die Metallarbeiter auch für die Lohnverhandlungen der anderen Branchen. Ohnehin ist die Orientierung auf den Aufbau einer Bewegung für eine Nachschlagsforderung der einzig richtige Weg für die Metallarbeiter in der Lohnfrage. Wir schlagen 500,- S per 1. April vor.

Artikel Seite 7



Während die Arbeitslosenversicherung knapp vor der Pleite steht, die Bundesregierung Beitragserhöhungen beschließen lassen will, die ausschließlich den Kapitalisten über Förderungsmaßnahmen zugute kommen sollen, zeigt das Beispiel der vor kurzem geschlossenen Papierfabrik Weißenbach/Enns, wie notwendig es wäre, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung dazu ausreichen, trotz Arbeitslosigkeit existieren zu können. 80% der Arbeiter der Fabrik haben kaum Aussicht auf Arbeit.

Irak-Iran:

Den Krieg beenden, die Konflikte friedlich lösen

Ein großer Teil der Staaten der Dritten Welt hat ganz eindeutig auf den Krieg zwischen dem Irak und dem Iran reagiert: Er hat beide Seiten aufgefordert, die Kampfhandlungen sofort einzustellen, die Truppen zurückzuziehen, die gegenseitigen Bombardements zu beenden und eine friedliche Lösung der diesen Krieg verursachenden Konflikte zu suchen. Das ist ein guter Rat in einer Lage, in der durch diesen Krieg besonders die Sowjetunion Möglichkeiten wittert, in dieses Gebiet stärker vorzudringen. Aus dem Irak verdrängt, hetzt nun die Sowjetunion gegen diesen arabischen Staat und hat offen für den Iran Partei ergriffen. Bisher haben beide Staaten erfolgreich den Hegemonismus abgewehrt. Der Krieg kommt der Sowjetunion sehr gelegen, bieten sich doch Vorwände genug, selbst einzugreifen und direkt nach den für den Westen so wichtigen Ölquellen zu greifen. Im beiderseitigen Interesse des Iran und Irak liegt hingegen eine friedliche Lösung, die dem Hegemonismus einen Riegel vorschiebt.

Seite 10

Arbeitslosenversicherung:

Zahlen sollen die Kapitalisten

Dieser Tage hat das Sozialministerium den Entwurf einer Verordnung zur Begutachtung ausgeschickt, nach der die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um fast ein Viertel erhöht werden sollen. Diese Erhöhung, heißt es, sei nötig geworden, weil für die "Arbeitsmarktförderung" keine Mittel mehr vorhanden sind. Der Verordnungsentwurf liegt auch dem ÖGB zur Begutachtung vor, und ist am 2. Oktober an die Fachgewerkschaften weitergeleitet worden, die bis Ende Oktober Stellung nehmen sollen. Wenn auch der heutige ÖGB keine Betriebsorganisationen mehr hat, wo die Mitglieder an der Basis solche Fragen beraten und ihre Meinung kundgeben könnten, haben die Arbeiter in den Betrieben immer noch die Möglichkeit, in Resolutionen und über ihre Betriebsräte in ihren Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß dieser Verordnungsentwurf bekämpft wird, daß statt dessen verlangt wird, daß erstens die Beitragserhöhung zur Gänze von den Kapitalisten getragen werden, und zweitens das Geld nicht zu Subventionen an die Unternehmer unter dem Deckmantel der "Arbeitsmarktförderung" verwendet wird, sondern zur Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und zur Vorsorge für eine mögliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit. (Siehe Seite 4/5)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: [illegible]. Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18. Eigendruck.

Kampuchea:

Khieu Samphan zur militärischen Lage

Am 29. September gab der Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, im Dschungel Kampucheas ein Interview für die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Darin erklärte Khieu zur militärischen Lage und zu den Erfolgen der Befreiungsstreitkräfte im Kampf gegen den vietnamesischen Aggressor folgendes: In der Mitte Oktober zu Ende gehenden Regenzeit wurden einige bedeutende Fortschritte erzielt.

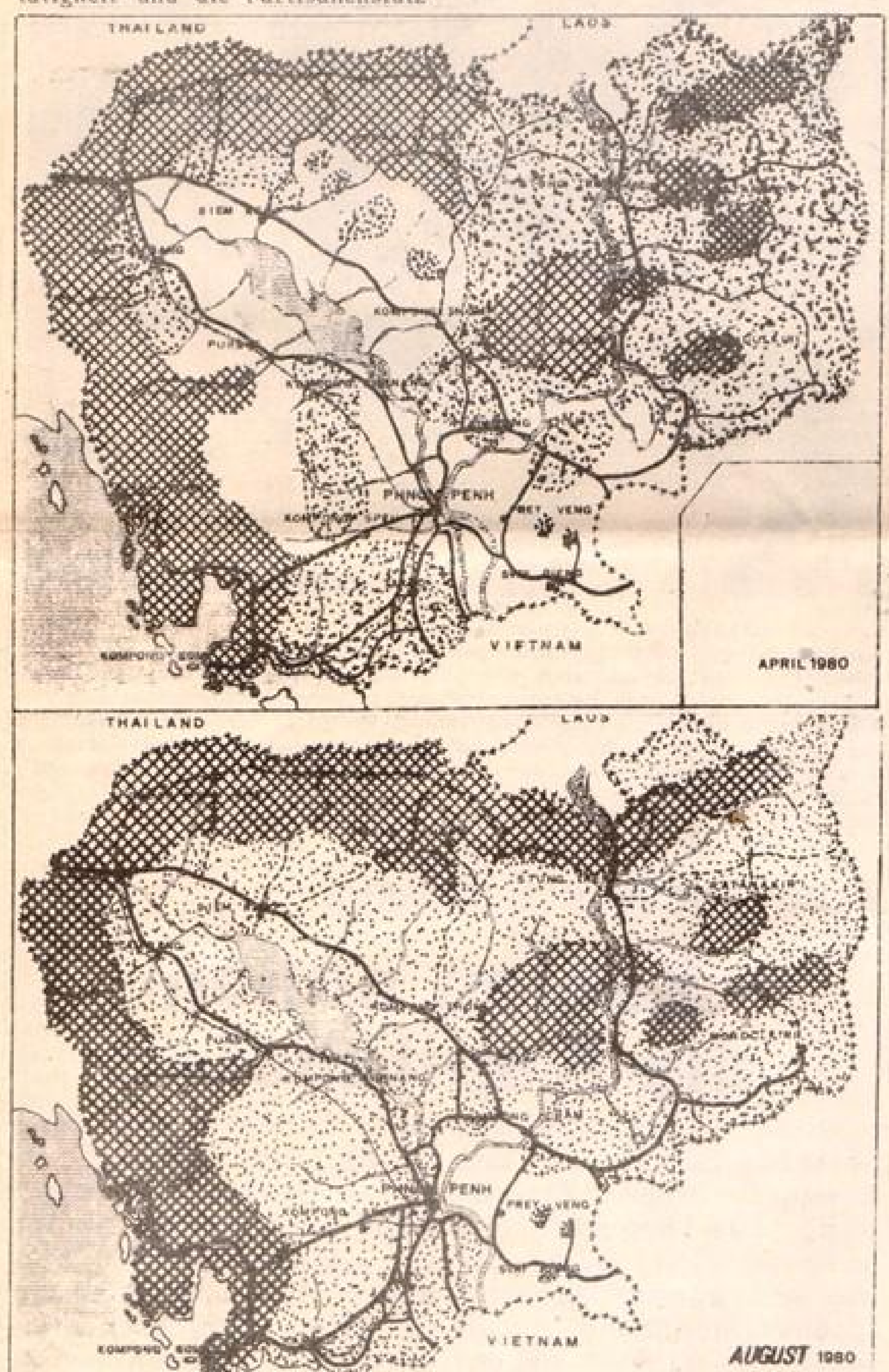
1. "Seit Mitte August haben wir einige Male Streitkräfte zusammengezogen, um den Feind auch in befestigten Stellungen anzugreifen. Wir haben diese Stellungen vernichtet und den Feind vertrieben."

2. "Wir konnten erfolgreich in bisher vom Feind kontrolliertes Gebiet eindringen und dort Vernichtungsschläge gegen ihn durchführen." So wurde das Kampfgebiet erweitert. Auf diese Weise konnte der Norden und der Nordosten Kampucheas zu einem geschlossenen Kampfgebiet vereinigt werden. Die Zonen starker Kampftätigkeit und die Partisanenstützpunktgebiete reichen nun von der laotischen und thailändischen Grenze bis zu den südwestlichen Küstengebieten. Die Provinzen Battambang, Preah Vihear und Ratanakiri gehören jetzt zum Hinterland der Partisanentätigkeit.

3. "Die großen vietnamesischen Truppenkonzentrationen gegenübr Thailand ermöglichten große Erfolge unsererseits in Zentralkampuchea, weil dere Feind seine Truppen dort verdünnen mußte. So wurden die Verbindungsstraßen und Bahnlinien dauernd unterbrochen."

4. Seit dem Juni gelingt es einzelnen Partisaneneinheiten auch bereits, nach Pnom Penh vorzudringen und Aktionen gegen den Besatzer durchzuführen.

Wie der Vergleich der Karten vom April und August dieses Jahres zeigt, haben die Gebiete starker Partisanenkampftätigkeit (mit Stützpunkten), die stark gerastert sind, erheblich zugenommen; die noch vom Feind kontrollierten Gebiete (weiß) sind auf ein kleines Gebiet zusammengeschmolzen, im ganzen Land wird gekämpft.



Freiheit für Kim Dae Yung!

Am Mittwoch, den 14. Oktober findet vor der "Botschaft" des Seouler Regimes eine Protestkundgebung gegen die Verurteilung Kim Dae Yungs und anderer Oppositionspolitiker und Kämpfer für die Demokratie und die Wiedervereinigung Koreas statt. Während sich nach diesem Schandurteil in der ganzen Welt Protest erhob und einige Regierungen, darunter die japanische, dagegen protestierten, hat die österreichische Bundesregierung nicht einmal ein Wort der Kritik geäußert, geschweige denn, wie es ihre Pflicht wäre, diplomatisch protestiert.
Sofortige Freilassung von Kim Dae Yung! Protest der Bundesregierung gegen das Todesurteil über Kimund die anderen Urteile gegen koreanische Demokraten!



Kim Dae Yung

Korea:

Nord-Süd-Gespräche gescheitert

Nach der Verurteilung des koreanischen Oppositionspolitikers Kim Dae Yung durch den Militärgerichtshof Chuns scheiterten die Nord-Süd-Gespräche endgültig, nachdem sie bereits in den vergangenen Wochen immer wieder am Rande des Abbruches gestanden waren. Die koreanische Zeitung "Rodong Sinmun", die in Pyöngyang erscheint, hielt in einem Artikel dazu fest, daß die südkoreanische Seite voll und ganz die Verantwortung dafür trägt.

"Die Chun-Clique verstärkt systematisch ihre schmutzige Hetzkampagne gegen uns und streut in schmählicher Weise Mißtrauen und den Geist der Konfrontation aus, hinter einer antikommunistischen Phrase versteckt. Sie spricht von einer in Wirklichkeit gar nicht existierenden Bedrohung durch eine Invasion vom Norden und erfindet Zwischenfälle."

"Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir mit derartigen Militärführern, die derartige antinationale Verbrechen begehen, nicht den geringsten Kompromiß schließen können, mit Leuten, die unsere Landsleute ermorden, unsere Brüder und Schwestern in Südkorea, die für Demokratie und Wiedervereinigung eintreten." Solche Mörder könne man nicht als Gegenüber in einem Dialog ansehen, und es wäre unter solchen Umständen auch gar kein Dialog um die Wiedervereinigung möglich.

Die weitere Entwicklung der Nord-Süd-Gespräche hängt ausschließlich davon ab, wie sich die südkoreanische Seite in Zukunft verhält.



Brutales Vorgehen der Polizei- und Militäreinheiten des Chun-Regimes gegen die Bevölkerung Kwangjus.





Huang Hua zur internationalen Lage

Der chinesische Vizepremier-Minister und Außenminister Huang Hua hielt am 30. September vor dem Europarat in Straßburg eine wichtige Rede zur internationalen Lage. "Wir unterstützen", betonte Huang Hua, "die westeuropäischen Länder in ihren Bemühungen, ihre Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen, um ihre Lage gegenüber der Bedrohung durch den Hegemonismus zu verbessern". Zum Verhältnis der westeuropäischen Staaten zur USA sagte der chinesische Außenminister: "Wir unterstützen die Bemühungen der westeuropäischen Staaten, gleiche partnerschaftliche Beziehungen zu den USA zu entwikkeln, die gegenseitigen Konsultationen zu verstärken und ihre Positionen zu koordinieren. Das ist wichtig für die Sicherheit sowohl der westeuropäischen Länder als auch der USA, und es ist gut für den Frieden und die Stabilität auf der Welt."

Insbesondere müßten die westeuropäischen Länder ihre Beziehungen zur Dritten Welt intensivieren und sie auf der Basis des gegenseitigen Nutzens entwickeln.

Auf die sowjetische Besetzung Afghanistans und die Bedrohung Pakistans und des Irans eingehend, warnte Huang Hua vor der großen Gefahr eines sowjetischen Vorstoßes in die Golfregion. "Wenn es der Hegemonismus schafft, den persischen Golf, den indischen Ozean und die Straße von Malakka zu kontrollieren, wird seine Globalstrategie als abgeschlossen betrachtet werden müssen." Opfer würden dann nämlich nicht nur China, sondern in erster Linie wären Westeuropa, den USA und Japan die Ölquellen und die Kommunikationswege abgeschnitten.

Der grosse Streik



Die österreichische Arbeiterbewegung kennt in diesem Jahrhundert eine knappe Handvoll entscheidender Wendepunkte ihres Klassenkampfs gegen die Bourgeoisie und für den Sozialismus. In der Ersten Republik waren dies nach der verratenen Revolution von 1918 der 15. Juli 1927 (Justizpalastbrand) und der 12. Februar 1934 (die Entscheidungsschlacht gegen den Austrofaschismus). In der Zweiten Repunlik ist der Massenstreik vom September und Oktober 1950 die bis dato bedeutendste Schlacht zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, die für den weiteren Gang des Klassenkampfs von einschneidender Bedeutung war. Allen drei Ereignissen ist gemeinsam, daß die Bourgeoisie der Arbeiterklasse eine entscheidende Niederlage bereitet hat und sich die Klassenkampfsituation wesentlich geändert hat.

DIE LOHN-PREIS-PAKTE

Das ökonomische Grundkonzept für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft nach 1945, das unter anderem auch von der Marshallbehörde in Österreich gefordert wurde, war die Niederhaltung der Löhne, die Drosselung des privaten Konsums -Vorrang für Profite und Investitionen. Das wichtigste Mittel dazu waren die fünf Lohn-Preis-Pakte (1947-51). Durch diese staatlich-gewerkschaftlichen Abkommen wurden ruckartig alle Löhne, Gehälter, Pensionen auf ein gewisses Niveau gehoben und gleichzeitig Landwirtschaftspreise und Tarife erhöht. Praktisch handelte es sich um bessere Tarnung für Lohnsenkungen. Restauration des Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes - das war das Ziel der Kapitalisten.

Und beim 4. Lohn-Preis-Pakt, der am 22. September 1950 nach wochenlangen Geheimverhandlungen im Rundfunk verkündet worden war, lief dann das Faß über.

"All die Berichte aus den Betrieben gipfeln in vier Worten: 'Wir haben es satt!'" schrieb das sozialdemokratische Linzer "Tagblatt" am 23. September. Gerade die sozialdemokratischen Arbeiter und viele untere Funktionäre der SPÖ und Betriebsräte waren weder imstande noch bereit, der arbeiter- und volksfeindlichen Politik irgendein Verständnis entgegenzubringen. Das ZK der KPÖ orientierte sich nach Einschätzung der Lage darauf, eine Streikbewegung auszulösen, um den Lohn-Preis-Pakt zu Fall zu bringen.

STREIKBEGINN IN WIEN UND OBERÖSTERREICH

Ziemlich gleichzeitig begannen am 25. und 26. September in Wien (sowjetische Besatzungszone), Linz und Steyr (US-Besatzungszone) Streiks in den meisten der wichtigen Betriebe und marschierten Zehntausende in Wien zum Ballhausplatz, in Linz 20.000 auf den Hauptplatz um gegen den Raubpakt zu protestieren. Die Lage entwickelte sich im Verlauf des 26. September grob gesagt so! In Niederösterreich ca. 50.000 Streikende, in Wien über 30.000 (allerdings vor allem auf die Betriebe unter sowjetischer Verwaltung konzentriert§, in Oberösterreich 60.000. Aber in den anderen Bundesländern - vor allem in den Industriegebieten der Steiermark - blieb es nach außen hin ruhig.

STREIKABBRUCH

In dieser Situation beschloß das Polbüro der KPÖ dafür einzutreten, den Streik abzubrechen, und setzte dies auch durch. Es fürchtete einerseits eine Isolierung der Ostzone, andererseits wußte es nicht, wie es nun die Bewegung weiterführen sollte, und wollte Zeit gewinnen. Dieser Beschluß war ein katastrophaler Fehler für die weitere Entwicklung. Er mußte teilweise gegen den Widerstand von kampfbereiten kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern durchgesetzt werden und dient heute noch - wie kürzlich von Viktor Reimann in der "Kronenzeitung" vorexerziert - als hämischer Beweis, welch schändliche Arbeiterverräter die Kommunisten doch sind.

Zwar wurde noch gegen den Willen der obersten KPÖ-Führung der Streik in Wien und Oberösterreich teilweise fortgesetzt und in der Steiermark flammte am 27. September der Massenstreik überhaupt gerade erst auf. Aber schließlich erfolgte überall die auf Initiative des Polbüros der KPÖ von einer Betriebsrätekonferenz in Wien-Liesing vorgeschlagene "Unterbrechung" des Streiks bis zur gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz am 30. September in Wien.

Unter den Parolen der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz ziehen in Wien dieArbeiter auf den Ballhausplatz (Bild oben). Erbitterte Arbeiter blockieren in der Endphase des Streiks in Wien die Straßenbahngeleise (Bild unten).



PUTSCHLÜGE, VERHAFTUNGEN, BOURGEOISTERRROR ...

Wer Zeit gewann, war nicht die Arbeiterbewegung, sondern die Bourgeoisie. Und sie verstand sie zu nutzen. Das ganze Arsenal an Kalter-Kriegs-Greuelpropaganda kam zur Anwendung, ein geplanter Putschversuch der KP samt dazugehörigem Code erfunden, führende Arbeitervertreter verhaftet - mal unter der Beschuldigung, Sprengstoffattentate zu planen, mal einfach unter Berufung auf ein Versammlungsverbotsgesetz aus der Habsburgermonarchie usw. Und Streikbrechertruppen wurden rekrutiert: Als "Bauernbereitschaften", "Notwehrgemeinschaften", "Hilfspolizei", "Werksschutz" usw. wurden ehemalige austrofaschistische Heimwehrleute, ehemalige SS-ler, abgehalfterte Nazis und ähnliche Gestalten, sowie Arbeitslose, die in ausreichender Zahl vorhanden waren, zusammengezogen und gegen die rebellierenden Arbeiter eingesetzt. Und nicht zuletzt stellte sich auch die ganze Spitze der Sozialdemokratie diesem ehrenwerten Unternehmen zur Verfügung und veranlaßte beispielsweise den heute wieder zu Ehren kommenden damaligen Chef der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, Olah, zur Zusammenstellung seiner berüchtigten Prügelgarde von 2.000 Mann. - Es ging der Bourgeoisie "ums Ganze".

BETRIEBSRÄTEKONFERENZ - OKTOBERSTREIK

Am 30.9. waren in der Wiener Lokomotivfabrik 2.417 Betriebsräte, darunter 800 Sozialisten, versammelt. Die Konferenz beschloß eine Erklärung, in der gefordert wurde:

1. Zurückziehung der Preiserhöhungen oder Verdoppelung der im Abkommen vorgesehenen Erhöhung der Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, Kinderzulagen usw. bei voller Steuerfreiheit für die gesamten Erhöhungen.
2. Keine weiteren Preiserhöhungen - gesetzlicher Preisstopp.
3. Keine weitere Schillingabwertung.

Sollte die Regierung nicht bis Dienstag, den 3.10. positiv antworten, so werde ab Mittwoch, dem 4.10. ohne weitere Aufforderung der Streik in ganz Österreich beginnen.

Am 4. Oktober streikten in Wien insgesamt etwa 40.000 und marschierten nach offiziellen Angaben gut 20.000 Arbeiter zum Rathausplatz; in Niederösterreich streikten 50.000, in Oberösterreich 10.000, in der Steiermark 7.000, in Salzburg 8.000 - das Trommelfeuer des Klassenfeindes hatte gewirkt, ein Durchkommen war aussichtslos.

ENDGÜLTIGER ABBRUCH

Am Abend des 5. Oktober trat in Wien die Exekutive der Betriebsrätekonferenz als zentrale Kampfleitung zusammen und beschloß, die große Streikaktion diszipliniert abzubrechen und den Kampf um die Lebenshaltung der Werktätigen in anderen Formen weiterzuführen. Die Fortführung des Streiks wäre aussichtslos gewesen. Der Bourgeoisie war es gelungen, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen.

Umfangreiche Maßregelungen führender klassenbewußter Arbeiter waren die Folge, insbesondere in der verstaatlichten Industrie, Entlassungen, Verhaftungen, Gewerkschaftsausschlüsse. Insgesamt haben die beim Streik gemachten Fehler und ihre Konsequenzen den endgültigen Übergang der KPÖ ins bürgerlich-reformistische Lager und auf die Seite einer die Farbe wechselnden Sowjetunion beschleunigt. Zugleich aber haben die Kapitalistenklasse und ihr Staat vor allem der gesamten Arbeiterbewegung eine solch entscheidende Niederlage zugefügt, daß sie bis heute noch nicht überwunden werden konnte. Aber es ist, wie Friedrich Engels nüchtern feststellte: "Alle Welt weiß heutzutage, daß jeder revolutionären Erschütterung ein gesellschaftliches Bedürfnis zugrunde liegen muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen verhindert wird. Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen." (kw)

Vereitelte Sabotage in Donawitz

Zehntausende Arbeiterfamilien sollten arbeitslos werden — Die Verbrecher hinter Schloß und Riegel — Kein Pardon den Terroristen!

Von unserem Leobener Korrespondenten

LEOBEN, 5. Oktober.

Der dem gesamten Volke gehörende Alpine-Großbetrieb Donawitz war Mittwoch abend, wie wir im größten Teil unserer gestrigen Ausgabe bereits kurz berichteten, Schauplatz eines niederträchtigen Sabotageversuches von führenden Kommunisten, der für mehr als 200.000 Arbeiterfamilien katastrophale Folgen hätte haben können. Der Sabotageversuch wurde schlagartig in letzter Minute durch die Verhaftung von elf kommunistischen Saboteuren unterbunden, gegen die eine Anzeige wegen Hochverrates und Vergehen nach dem Koalitionsgesetz erstattet wurde. Drei KP-Betriebsräte sind spurlos verschwunden, nach den Flüchtigen wird gefahndet. Fünf der Verhafteten, darunter der KP-Betriebsrat Sepp Filz, der wegen Mißhandlung eines Arbeiters verurteilt wurde und gegen den ein Verfahren wegen öffentlicher Gewalttätigkeit läuft, wurden fristlos entlassen.

Ein teuflischer Plan: Hochöfen stillegen!

Mittwoch bemühten sich die führenden Kommunisten, wie wir bereits berichteten, dreimal erfolglos, die Belegschaft in den Streik zu hetzen. Darauf ersannen die Kommunisten einen teuflischen Plan: Man mußte die **Hochöfen stillegen**, um damit die Energie- und Rohmaterialversorgung des Werkes und der anderen Betriebe der Eisen- und Metallindustrie zu unterbinden.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag

Mittwoch abend erhielten nun die Kommunisten der Hochofen-Nachmittagschicht den Auftrag, nach Schichtschluß am Arbeitsplatz zu bleiben. Die anderen Arbeiter ließ man weggehen. So gelang es dem kommunistischen [illegible] keine Lager vorhanden sind, in kurzer Zeit ihre Arbeiter entlassen müssen.

185.000 Bauarbeiter, davon 22.000 in Steiermark, waren arbeitslos geworden. In ganz Österreich hatten mehr als 200.000 Arbeiterfamilien von der Arbeitslosenunterstützung leben müssen, auch die Donawitzer Belegschaft hätte statt einem Durchschnittslohn von 1200 S nur die Arbeitslosenunterstützung von monatlich etwa 360 bis 410 S erhalten, wenn der Plan der Saboteure und Putschisten gelungen wäre.

Die Verhaftung der Verbrecher

Es war daher höchste Zeit, daß die Sab[illegible]



Veranstaltungen des KB

Dieser Tage jährt sich zum dreißigsten Mal der große Oktoberstreik der österreichischen Arbeiterklasse. Von der herrschehden Klasse aufs Schärfste bekämpft und als "kommunistischer Putsch" verleumdet, war dieser Oktoberstreik der bisher letzte große Kampf den die österreichischen Arbeiter der Bourgeoisie geliefert haben. Er endete mit einer Niederlage und mit der Konsolidierung der Bourgeoisherrschaft in Österreich. Die herrschende Klasse hat darum dieses Jubiläum nicht ausgelassen. In einer Reihe von Rundfunksendungen und Zeitungsberichten wurde dieser für die Bourgeoisie schweren Stunden gedacht. Reaktionäre Banditen, wie der damalige Steikbrecherführer und spätere Innenminister Olah konnten ausgiebig gegen die Arbeiter hetzen. Der Zweck ist klar: Die Bourgeoisie will aus der Niederlage der Arbeiter vor 30 Jahren auch heute noch ihren Nutzen ziehen. Heute, nach 30 Jahren wird diese Niederlage massiv als "Argument" dafür verwendet, daß der Klassenkampf den Arbeitern außer Niederlagen nichts bringt, daß die Interessen der Arbeiterklasse nur dann durchzusetzen sind, wenn den Kapitalinteressen Rechnung getragen wird, kurz: als Argument gegen den Klassenkampf, für die Sozialpartnerschaft. Genau im entgegengesetzten Sinne werden jedoch die östereichischen Kommunisten den 30. Jahrestag des Oktoberstreiks nutzen. In der Zeit zwischen 17. und 23. Oktober werden wir in öffentlichen Veranstaltungen die Wahrheit über den Oktoberstreik berichten und wir werden auch die Schlußfolgerungen und Lehren ziehen, die es aus diesem Kampf zu ziehen gilt. In diesen Veranstaltungen soll auch eine Darstellung der Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung in der 2. Republik gegeben werden und soll schließlich sowohl anhand der heurigen Lohn- und Gehaltsverhandlungen, als auch anhand der Frage der wachsenden staatlichen Ausplünderung über Steuern, Gebühren und Tarife behandelt werden, worin heute die Aufgaben der österreichischen Arbeiterbewegung bestehen, wie sie diesen Aufgaben gerecht werden kann und welchen Beitrag dazu die österreichischen Kommunisten leisten müssen.

Wir laden alle Leser ein, diese Veranstaltung zu besuchen.

VERANSTALTUNGEN MIT LICHTBILDERVORTRAG:

W I E N :
24.Oktober, Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben

G R A Z :
16.Oktober, 19.30 Gasthof zu den Fünf Lärchen, Griesplatz

S A L Z B U R G :
17.Oktober, 19.30, Bräugasthof Alter Stern

Arbeitslosenversicherung:
Kapitalisten sollen Erhöhung zahlen!

Von jeweils 1,05 % auf 1,3 % vom Bruttolohn sollen sowohl der "Arbeitnehmer"- als auch der "Arbeitgeber"-Beitrag zur Arbeitslosenversicherung hinaufgesetzt werden. Das geht aus einem Verordnungsentwurf hervor, den das Sozialministerium kürzlich zur Begutachtung ausgeschickt hat. Zahlte man bisher bei einem Bruttolohn von 10.000 S 105,- S pro Monat, so sollen es jetzt 130 S werden. Wie Gewerkschaftsvize und möglicher neuer Sozialminister Dallinger dem KLASSENKAMPF bestätigte, soll dieses Geld - mehr als 1,6 Milliarden Schilling - nicht für die Arbeitslosenunterstützung, sondern für die "Arbeitsmarktförderung" ausgegeben werden.

Daß die Arbeitslosenversicherung auf die Pleite zusteuerte, hat man schon seit geraumer Zeit gewußt. Daß trotz der verhältnismäßig noch niedrigen Arbeitslosigkeit und der viel zu niedrigen Arbeitslosenunterstützung kein Geld in der Kassa ist, liegt unter anderem daran, daß schon seit einigen Jahren der Staat die Subvention der Arbeitslosenunterstützung völlig eingestellt hat, und zweitens daß von Jahr zu Jahr ein immer größerer Teil der Mittel für Zwecke ausgegeben wurde, die mit der Arbeitslosenversicherung überhaupt nichts zu tun haben. Unter dem Titel "Arbeitsmarktförderung" wurden in den letzten drei Jahren 3,6 Milliarden Schilling (das Jahresbudget der Arbeitslosenversicherung betrug 8 Mrd. Schilling) den Unternehmern zugeschoben. Angeblich dient diese "Arbeitsmarktförderung" dazu, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. So wurde z.B. das Eumig-Werk in Fohnsdorf unter anderem aus Geldern der Arbeitslosenversicherung gefördert. Doch das hat Eumig weder vor dem Pleitegeier bewahrt, noch daran gehindert, fast 4.000 Arbeiter auf die Straße zu setzen. In den verschiedenen unterentwickelten Gebieten Österreichs, wie dem Waldviertel oder Südkärnten, hat sich eine ganze Schicht von Förderungshaien entwickelt, die einen Betrieb errichten, Mittel der Arbeitsmarktförderung, Grenzlandförderung etc. kassieren, ein halbes Jahr lang produzieren lassen und dann mit dem Geld verschwinden. Oft werden auch mit den Förderungsmitteln Rationalisierungsmaßnahmen finanziert, die natürlich auch mit Personaleinsparungen verbunden sind. Das wird dann meistens damit begründet, daß sonst eben der ganze Betrieb nicht hätte erhalten werden können, und noch mehr Arbeitsplätze verloren gegangen wären. Die Inhaber von "gesunden" Betrieben wünschen sich natürlich auch ein bißchen was aus dem Subventionstopf. So beschwert sich z.B. der bekannte Skifabrikant Rohrmoser, daß er seinen Betrieb erweitern wolle, und ihm doch dafür erst recht Arbeitsmarktförderungsmittel zustünden, und nicht nur solchen Betrieben, die kassieren und dann doch eingehen.

Weiters werden mit diesem Geld Umschulungen finanziert, bei denen allerdings die Arbeiter und Angestellten nicht die Qualifikationen erhalten können, die sie wünschen oder brauchen, sondern nur die, die von den Kapitalisten gerade benötigt werden. Die Arbeitslosenversicherung nimmt damit den Kapitalisten einfach Ausbildungskosten ab, die ihnen ja sonst nicht erspart blieben. Rund ein Sechstel der Gelder der Arbeitslosenversicherung wird so jährlich für Zwecke ausgegeben, die den Interessen der Arbeiter in Wirklichkeit völlig entgegengesetzt sind.

Gewerkschaftsvize Dallinger sagte dazu zum KLASSENKAMPF: "Ich vertrete die Auffassung, daß es wichtiger ist, für die Arbeitsplatzerhaltung Geld auszugeben, als dann freigesetzten Arbeitskräften eine gewisse Zeit lang und zum Teil dann auch in unzureichender Höhe eine Arbeitslosenversicherungsleistungen zu erbringen. Diese Tendenz, die in Deutschland da ist, mit 80 Prozent des letzten Bezuges Arbeitslosengeld, ist für mich nicht die Maxime, von der ich mich leiten lasse."

Gerade das aber, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent vom letzten Lohn, wäre notwendig. Ist auch die Arbeitslosigkeit derzeit relativ gering, (allerdings sicher höher, als die offiziellen Zahlen angeben), so gibt es doch eine ganze Reihe von Gebieten, wo sie überdurchschnittlich hoch ist. Im Bezirk Zwettl in Niederösterreich etwa betrug sie vor einiger Zeit 12 Prozent. Dementsprechend niedrig sind dort die Löhne. Im angrenzenden Bezirk Gmünd erreichen ganze 24 Arbeiter und 41 Angestellte den österreichischen Durchschnittsverdienst! Löhne unter dem Kollektivvertrag sind dort keine Seltenheit. Kein Wunder, denn bei einer Arbeitslosenunterstützung von öS 3.000,- ist man natürlich gezwungen, auch eine Arbeit anzunehmen, bei der man nur 4.000 Schilling verdient. Und jeder Arbeiter weiß, daß die Pendler aus den Niedriglohngebieten von den Kapitalisten als Lohndrücker gegen die Arbeiter der Industriezentren ausgespielt werden. Die Lohndrückerfunktion der niedrigen Arbeitslosenunterstützung ist also viel größer, als die Arbeitslosenzahlen

Die zusätzlichen Einnahmen durch die Erhöhung würden gerade reichen, um für eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von derzeit rund 2 Prozent auf 2,7 Prozent vorzusorgen. Angesichts der allgemeinen Entwicklung der westlichen kapitalistischen Wirtschaft wäre selbst das viel zu wenig.

Die Gewerkschaften müßten also fordern, daß erstens das Geld nicht für Unternehmersubventionen unter dem Deckmantel der "Arbeitsmarktförderung" verwendet wird, sondern um den völlig entleerten Reservefonds der Arbeitslosenversicherung wieder aufzufüllen. Zweitens, daß die Erhöhung gänzlich von den Kapitalisten getragen wird. Das System, daß die Arbeitslosenversicherung je zur Hälfte aus "Arbeitgeber"- und "Arbeitnehmerbeiträgen" finanziert wird, führt dazu, daß jede notwendige Erhöhung der Beiträge - zum Beispiel, um die Unterstützungen zu erhöhen - zu einer Senkung des Nettolohns führt und somit zur Spaltung zwischen Arbeitslosen und aktiven Arbeitern beiträgt, und sie im Kampf gegen die Kapitalisten schwächt.

Drittens aber müßten die Gewerkschaften - gerade auch im Hinblick auf eine mögliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit - die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf 80 Prozent vom Lohn fordern, und natürlich die entsprechende Finanzierung durch die Unternehmerbeiträge. (Diese müßten dazu um weitere eineinviertel Prozent vom Bruttolohn angehoben werden.)

Schließlich zeigt aber gerade die Tatsache, wie das Geld der Arbeitslosenversicherung für Unternehmersubventionen ausgegeben wird, daß es notwendig ist, sie der Vormundschaft des Sozialministeriums zu entziehen und sie in die Selbstverwaltung der Versicherten zu übernehmen.

Wenn es nach Dallinger geht, werden die Gewerkschaften in zirka einem Monat der Erhöhung zustimmen, ohne daß es eine Diskussion unter den Gewerkschaftsmitgliedern gegeben hat. Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaftsmitglieder über ihre Betriebsräte und in Resolutionen die Gewerkschaftsvorstände auffordern, die geplante Erhöhung zu bekämpfen und die obigen Forderungen aufzustellen. (ma)

Was kostet Androschs Massnahmenkatalog?

Zehn Milliarden Schilling Mehreinnahmen bzw. Einsparungen will die Regierung durch einen Katalog von Maßnahmen, den sie bei ihrer letzten Klausurtagung bekanntgegeben hat, im Jahr 1981 erzielen. Was bedeuten diese zehn Milliarden für die einzelne Arbeiterfamilie?

Von allen Erhöhungen verschont bleibt nur, wer kein Telefon hat, keine Postkarten schreibt, nicht mit der Bahn fährt, weder Gas, Strom, noch Heizöl verbraucht und nie eine Stempelmarke benötigt und auch sonst nicht mit den Ämtern in Berührung kommt - kurz gesagt: niemand.

Wer ein "Viertelteiefon" hat, zahlt dafür statt 90 S im Monat nun 110 S, wer dann noch zehn Stunden pro Monat telefoniert (Ortsgespräche), zahlt dafür statt 250 S nun 300 S. Wer im Monat fünf Postkarten schreibt, den kostet das 15 S statt bisher 12,50.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Heizöl von 8 auf 14% bedeutet eine Erhöhung des Gesamtpreises dieser Waren um fünfeinhalb Prozent. Bei durchschnittlichen Beleuchtungs- und Beheizungskosten von 870,- S im Monat macht die Verteuerung rund 50,- S aus.

Ein Pendler, der täglich 25 Kilometer zu seiner Arbeitsstätte zu fahren hat, zahlt für die Streckenkarte (derzeit 214,- S) um rund 30 S mehr, hat er 50 Kilometer zu fahren, entstehen ihm Mehrkosten von ca. 55 S (derzeit 386,- S); wenn er mit seiner Streckenkarte auch Schnellzüge benützen will, hat er Mehrkosten von ca. 72 S zu erwarten.

Wieviel an Stempel- und Rechtsgebühren eine Arbeiterfamilie durchschnittlich zu zahlen hat, darüber gibt es keine Statistik. Geht man jedoch von den erwarteten Mehreinnahmen von 600 Millionen Schilling aus, so ist eine Mehrbelastung von 20 S pro Monat und Haushalt zu erwarten. Ob die Streichung der Sparprämie unmittelbar zu einem Zinsrückgang bei den Prämiensparbüchern führen wird, ist noch nicht sicher. Auch läßt sich noch nicht abschätzen, in welchem Ausmaß die geplante Besteuerung der Bankfilialen die Spar- und Kreditzinsen beeinflussen wird. Von der geplanten Steuer auf Tankstellen ist man, wie es heißt, schon wieder abgekommen. Stattdessen soll unmittelbar das Benzin besteuert werden (zusätzlich zur Mineralölsteuer).

Allein die vorher angeführten Erhöhungen machen im Monat zwischen 170 und 210 S aus, im Jahr also zwischen 2.040 und 2.520 S. Oder anders ausgedrückt fressen diese Erhöhungen schon gute zwei Prozent von einem mittleren Arbeiterlohn auf.

Doch diese zehn Milliarden Mehreinnahmen kommen nur hinzu zu Mehreinnahmen, die automatisch aus dem System der Besteuerung entstehen, ohne daß die Regierung erst irgendwelche aufsehenerregenden Beschlüsse fassen muß. Allein die Lohnsteuer wird im Jahr 1981 zehn Milliarden mehr einbringen als 1980.

Die Gesamteinnahmen des Staates aus öffentlichen Abgaben sind von 1970 bis 1979 auf das 2,6fache gestiegen, die Lohnsteuereinnahmen dagegen um mehr als das 5fache (510 Prozent). Die Umsatzsteuereinnahmen sind auf das 3,7fache gestiegen. Die Einnahmen aus Einkommens- und Körperschaftssteuer haben sich dagegen nur auf das 3fache erhöht.

Während 1970 der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Einnahmen des Staates aus öffentlichen Abgaben noch 12,5 Prozent betragen hat, beträgt er 1979 bereits 23,9 Prozent, also fast das Doppelte!

Der Anteil der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) stieg von 26,3 Prozent auf 36,2 Prozent! Allein diese beiden Massensteuern machen bereits die Hälfte der Steuereinnahmen des Staates aus.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß eine Lohnsteuerreform, wie sie die ÖGB-Steuerkommission vorschlägt, die zwar den Staat einmal "12 Milliarden Schilling kosten" soll, aber an der Entwicklungsrichtung nichts ändert und die Entwicklung selbst nur kurzfristig bremst, in keiner Weise den Interessen der Arbeiter entspricht. Dem Steuersystem, in dem ein immer größerer Teil der Staatsausgaben, die nur den Interessen der Kapitalisten dienen, den arbeitenden Massen aufgehalst werden, diesem Steuersystem muß ein Ende gemacht werden. Die Forderung des KB, daß ein Viertel des mittleren Arbeiterlohns als allgemeiner Absetzbetrag steuerfrei sein soll, würde zwar den bürgerlichen Staat zunächst nicht viel mehr kosten, nämlich 14 Milliarden Schilling. Doch eine solche Forderung würde den Kampf in die richtige Richtung lenken, nämlich dahin, daß Arbeiterlöhne überhaupt von der Steuer befreit sein sollen, daß die Kapitalisten ihren Staat durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft selbst finanzieren sollen. Dazu gehört natürlich auch die Beseitigung der indirekten Steuern, mit denen dem Volk immer neue Lasten aufgeladen werden. Wie richtig unsere Forderungen sind, zeigt gerade wieder das jüngste Maßnahmenpaket der Regierung. (ma)

<u>EIN BEDAUERLICHER FEHLER</u>

ist uns in der letzten Nummer des KLASSENKAMPF unterlaufen. In dem Artikel "10 Milliarden Mehrbelastung" sind die geplanten Mehreinnahmen beim Telefon mit "900 Milliarden Schilling" und bei den Postdiensten mit "470 Milliarden" angegeben. Es muß natürlich heißen "900 Millionen" und "470 Millionen".

Auch sind nicht Tariferhöhungen bei den "Postbediensteten" geplant, sondern natürlich bei den "Postdiensten".

Pensionen: Teuerung abgelten, Mindestrente stark anheben!

Das jährliche Gutachten des "Beirates für Renten- und Pensionsanpassung" beim Sozialministerium, in dem das Ausmaß der Pensionserhöhung für das folgende Jahr festgelegt wird, wird heuer wegen des Todes des Sozialministers erst verspätet erscheinen. In diesem Gutachten geht es jeweils darum, ob für die "Pensionsanpassung" die sogenannte "Richtzahl" zugrundegelegt werden soll, oder ein anderer Faktor. Die Richtzahl errechnet sich aus der allgemeinen Lohnsteigerung des vorletzten Jahres, und beträgt für 1981 5,1 Prozent. Bis jetzt hat der Beirat - in dem nur Vertreter der Kammern (keine Vertreter der Gewerkschaft) sitzen - noch nie einen anderen Faktor als die Richtzahl empfohlen, und in Anbetracht der letzten Lohnabschlüsse ist auch nicht zu erwarten, daß er heuer von dieser Gewohnheit abgeht. Der Nationalrat wiederum hat sich in seinen Beschlüssen immer an die "Gutachten" des Beirats gehalten.

Eine Anpassung der Renten um 5,1 Prozent bei einer Teuerung von bereits 7,3 Prozent ändert nichts an der für alle Pensionisten schmerzlich spürbaren Senkung ihres Lebensniveaus. Wir haben in der vorletzten Nummer des KLASSENKAMPF eine Analyse der Pensionshöhen gebracht, aus der hervorgeht, daß mehr als die Hälfte der Arbeiterpensionen (55,6 Prozent) und fast ein Drittel der Angestelltenpensionen (30,8 Prozent) nicht höher sind als der sogenannte "Richtsatz", also das offizielle Existenzminimum. Und darunter gibt es selbst solche Pensionen, die noch niedriger sind als das Existenzminimum, weil der jeweilige Ehepartner über ein Einkommen verfügt, mit dem beide zusammen über den Richtsatz kommen.

Die durchschnittliche Alterspension der Arbeiter beträgt 1980 öS 4.512,- das sind 48 Prozent des mittleren Arbeiterlohnes. Die durchschnittliche Invalidenrente beträgt ca. öS 3.900,- das sind 41,5 Prozent des mittleren Arbeiterlohnes. Der "Richtsatz", also das Existenzminimum, beträgt für Alleinstehende öS 3.493,- , für Ehepaare öS 4.996,-. Das sind jeweils 37,2 Prozent bzw. 53,3 Prozent eines mittleren Arbeiterlohnes.

Die Pension muß dem Arbeiter und der Arbeiterin ermöglichen, ab dem Zeitpunkt weiterzuexistieren, wo ihre Arbeitskraft bereits völlig verbraucht ist, und sie sie nicht mehr an die Kapitalisten verkaufen können. Die Arbeiter können von ihrem Arbeitslohn kein Vermögen ersparen, von dem sie im Alter zehren könnten. Sicherlich braucht ein Pensionist zum Leben weniger, als ein aktiver Arbeiter, der täglich seine Arbeitskraft erneuern muß, doch da die Löhne nicht höher sind, als gerade notwendig, um den Arbeiter am Leben zu halten, dürfen auch die Pensionen nicht niedriger sein als 80 Prozent vom Lohn. Und da man für die Bemessung der Höhe der Mindestpension nicht den Hungerlohn einer Textil-Hilfsarbeiterin zugrunde legen kann, muß die Pension allgemein 80 Prozent vom mittleren Arbeiterlohn betragen. Das ist die Forderung des Kommunistischen Bundes Österreichs, was die Pensionshöhe anlangt.

Davon sind aber die Pensionen heute weit entfernt. Und wie schon seit Jahren droht auch heuer wieder ein weiteres Hinabdrücken der Pensionisten aufgrund des Zurückbleibens der Pensionserhöhung von 5,1 Prozent hinter der Teuerung. Und da die Pensionen ab ca. öS 5.000,- genauso von der Lohnsteuerprogression erfaßt werden, wie die Löhne und Gehälter, wäre als Sofortmaßnahme eine Anpassung der Pensionen um 9 Prozent notwendig, allein um die Folgen der Teuerung abzuwehren. Eine solche Erhöhung würde auch bei Pensionen um die öS 10.000,- noch eine Erhöhung von mindestens 7,3 Prozent garantieren. Damit würde sich am Lebensniveau der Pensionisten noch nichts ändern, und im Verhältnis zu den Arbeiterlöhnen wäre nur insofern eine "Verbesserung" erreicht, als bei jenen die Erhöhung heuer viel zu niedrig war.

Da aber die Pensionen unbedingt rasch in Richtung "80% vom Arbeiterlohn" angehoben werden müssen, kann man sich bei den Mindestrentnern aber auf keinen Fall damit zufrieden geben, den gegenwärtigen Stand zu halten. Bei den Mindestrentnern handelt es sich vor allem um Arbeiter und Arbeiterinnen, die "ihre Jahre nicht zusammengebracht" haben, weil ihre Arbeitskraft vorzeitig verbraucht worden ist und sie in die Invalidenrente gehen mußten, oder um Frauen, die wegen Kindererziehung und Haushalt zu Hause bleiben mußten. Bei einer Erhöhung der Richtsätze um öS 900,- (also um ca. 25,7%) würde der Richtsatz für Alleinstehende öS 4.400,- betragen. Der Richtsatz würde damit rund 45 Prozent des mittleren Arbeiterlohns betragen, (statt bisher 37,3%) bzw. gerade soviel, wie derzeit die Durchschnittspensionen betragen. Ginge man in dieser Richtung und diesem Tempo weiter, so könnte der Richtsatz in sechs Jahren 80 Prozent des mittleren Arbeiterlohns betragen. Für das Jahr 1981 würde diese Erhöhung einmal 9,6 Milliarden Schilling kosten, was durch die Erhöhung des Kapitalistenbeitrags zur Pensionsversicherung um 2 Prozent finanziert werden könnte. (ma)

Vierte Oktober-Arena/Oktobrski tabor

Als 1977 erstmals die Oktoberarena/Oktobrski tabor veranstaltet wurde, sollte dies die Unterstützung des Kampfes der slowenischen Nationalität in Kärnten auf eine neue Stufe heben und dem Chauvinismus einen schweren Schlag versetzen. Der 10. Oktober ist der Inbegriff der Diskriminierung der Slowenen und des Chauvinismus. Gefeiert wird - und zwar als Landesfeiertag - die Zerstückelung der slowenischen Nation nach dem Ersten Weltkrieg, die Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung für die auf österreichischem Territorium lebenden Slowenen, Jahrzehnte der Unterdrückung, Zwangsgermanisierung, Zwangsassimilierung. Die Oktoberarena/Oktobrski tabor sollte eine Demonstration gegen das alles sein.

Die erste Oktoberarena/Oktobrski tabor hat damals ihren Zweck voll erreicht - was sich auch in den wütenden Reaktionen aller Chauvinisten äußerte.

Seither hat die Oktoberarena/Oktobrski tabor Jahr für Jahr stattgefunden. Der Kommunistische Bund Österreichs hat sie stets unterstützt. Wir treten auch heuer dafür ein, daß die Oktoberarena/Oktobrski tabor ein Beitrag zur Unterstützung des Kampfes und der Forderungen der Slowenen und ein Schlag gegen den Chauvinismus wird.

Jedoch gibt es im Klassenkampf nie einen Weg ohne Hindernisse.

Seit der fehlgeschlagenen Minderheitenfeststellung im Jahre 1976 hat der Kampf der slowenischen Nationalität einen komplizierten und schwierigen Verlauf genommen. Das Stocken in der Entwicklung des Klassenkampfes, die Stagnation der Arbeiterbewegung, der Rückschlag, den die Arbeiterbewegung etwa Mitte der 60er Jahre hinnehmen mußte, zeigten auch ihre Wirkung auf den Kampf der Slowenen. Während aber die Organisationen der Slowenen trotz der widrigen Umstände am Kampf und an der Einheit festgehalten und sich bis heute weder durch Druck noch durch Heuchelei von der Regierung haben unterkriegen lassen, hat die Arbeiterbewegung fast nichts zur Unterstützung ihres Kampfes geleistet. Und auch die verschiedenen demokratischen Kräfte, die die nationalen Minderheiten unterstützt haben und zum Teil immer noch unterstützen, haben in der letzten Zeit kaum mehr etwas Positives geleistet. Die konkrete Unterstützung des Kampfes und der Forderung der Slowenen gegen den bürgerlichen Staat ist in den Hintergrund getreten. Vor allem macht sich in der Bewegung mit dem Umsichgreifen des Opportunismus ein versteckter Chauvinismus breit. Die "Heimat" wird wieder rehabilitiert, für eine "neue Heimat" gekämpft und der KHD des "Verrufs der Heimat" beschuldigt. Die Oktoberfeiern seien an sich gut, bloß müßten auch die Slowenen darin integriert werden und darin gleiche Rechte haben. Schließlich seien ja die Slowenen auch ein Teil der "Kärntnerinnen und Kärntner", die inzwischen bereits ohne weiteres als große "Einheit" behandelt werden. Der Chauvinismus sei schlecht, weil er Zwist zwischen den "Kärntnerinnen und Kärntnern" sät. Die bürgerliche österreichische Republik, die den Slowenen das Selbstbestimmungsrecht verweigert hat, wird verherrlicht und das "Österreichertum", versehen mit einem Schuß "Antifaschismus" verbindet sich organisch mit der wiederentdeckten Heimatverbundenheit. Der Bundeskanzler Kreisky, immerhin Repräsentant jenes Staates, der die Slowenen unterdrückt und ihnen die nationalen Rechte verweigert, wird durch Appell an seinen "Antifaschismus" beschworen, sich nicht von den Kärntner Chauvinisten mißbrauchen zu lassen und womöglich bei den reaktionären Feiern eine Rede zu halten. Das ist das genaue Gegenteil dessen, wofür die Oktoberarena 1977 angetreten ist. Was als geschickte Taktik gegenüber dem Chauvinismus ausgegeben wird, ist Nachgeben ihm gegenüber. Der Form nach nimmt sie Züge eines kleinbürgerlichen "Alternativrummels" an, für das die Unterstützung der Slowenen nur mehr Aushängeschild ist.

Unterstützung der Oktoberarena kann nur heißen, Unterstützung der ursprünglichen Intention der Oktoberarena/Oktobrski tabor. Es ist an der Zeit, die Bewegung wieder von Opportunismus und Chauvinismus zu säubern. Wir Kommunisten sind - da wir keinen Widerstand geleistet haben, gegen die schlechte Entwicklung, sie z.T. in der Zeit der revisionistischen Entartung des KB Österreichs direkt gefördert haben - an dieser Entwicklung mitverantwortlich.

Das Umsichgreifen von Opportunismus und Chauvinismus in der Bewegung ist ein Versuch der herrschenden Klasse, nachdem sie durch offenen Angriff von außen die Oktoberarena/Oktobrki tabor weder verbieten, noch verhindern noch umdrehen konnte, sie jetzt sozusagen von innen zu nehmen. Die KPÖ-Revisionisten sind führend daran beteiligt. Sie wollten überhaupt gleich die Oktoberarena nach Mauthausen - sprich: bloß aus Kärnten weg, wo man direkt dem Chauvinismus gegenübersteht, - und auf den Nationalfeiertag - um die Staats- und Republiktreue zu unterstreichen - verlegen. Aber damit waren die anderen Kräfte nicht einverstanden, hätte es doch faktisch die Absage der Oktoberarena/Oktobrski tabor bedeutet.

Wichtigstes Kampffeld, um die Unterstützung der Slowenen durch die österreichische Arbeiterklasse und das Volk voranzubringen, ist die Gewerkschaft. Ohne die Gewerkschaft für das Selbstbestimmungsrecht der slowenischen Nationalität zu gewinnen, ohne daß die Arbeiterbewegung sich der Sache annimmt, wird sich der Kampf der nationalen Minorität und wird sich dessen Unterstützung nur beschränkt entfalten können und letztlich keine Perspektive haben. Zeigt sich das nicht in den letzten Jahren seit 1976 sehr klar? Der ÖGB bzw. seine Führung jedoch vertreten eine üble chauvinistische Politik. An den heurigen Oktoberfeiern nimmt der ÖGB nicht nur offiziell teil, er hat sogar einen besonderen Kollektivvertrag ausgehandelt, damit der Landesfeiertag heuer nicht bloß schul-, sondern auch arbeitsfrei ist, bei Weiterbezahlung des Lohns. Es ist kein Wunder, daß die meisten Slowenen unter diesen Umständen dem ÖGB ablehnend gegenüberstehen, und keine Rede davon sein kann, daß im Kärntner ÖGB die Gewerkschaftseinheit der Arbeiter beider Nationalitäten hergestellt wäre. Das aber ist notwendig. Möglich wird es nur im Kampf für die nationalen Rechte der Slowenen und gegen den Chauvinismus, insbesondere auch den im ÖGB. Das würde auch eine entscheidende Barriere gegen die kalte Assimilierung von in die Industrie abgewanderten Slowenen bilden. In ganz Österreich steht die Aufgabe, unter der Arbeiterklasse, in den Betrieben, in der Gewerkschaft die Unterstützung des Kampfes der slowenischen Nationalität um das Recht auf Selbstbestimmung zu wecken und zu entwickeln. Im Zusammenhang mit der vorjährigen Oktoberarena/Oktobrski tabor wurden einige positive Initiativen in dieser Richtung eingeleitet, aber leider nicht weiterverfolgt. Dieser Faden wird ebenfalls wieder aufgenommen werden müssen.

Zivildiener ins Heer?

Seit über einem Jahr gibt es nun grobe Auseinandersetzungen unter den Parlamentsparteien über eine Neuregelung des Zivildienstes. Nachdem die bisherigen Vorstellungen von Innenminister Lanc auf heftigen Widerstand nicht nur bei Oppositionsparteien, sondern auch unter den Offizieren gestoßen sind, scheint die SP-Regierung an der kompletten Neuorientierung der Zivildienstgesetznovelle zu arbeiten. Dies hat jedenfalls Lanc vor kurzem gegenüber der Zeitung "Die Presse" angekündigt.

Der ursprüngliche Entwurf der Regierungspartei hatte vorgesehen, die Möglichkeit des Ersatzdienstes auch auf solche Wehrpflichtige auszudehnen, die zwar die ersten 6 Monate des Grundwehrdienstes (GWD), nicht jedoch die ebenfalls zum GWD zählenden Truppenübungen abgeleistet haben.

In der Kritik an diesem Regierungsentwurf kam nicht bloß die Empörung all der Militärs und Politiker zum Ausdruck, die offenbar bis zum heutigen Tag nicht begriffen haben, daß der Zivildienst bisher (höchstens 2.5% aller Wehrpflichtigen leisteten Zivildienst) dem Heer vor allem genützt hat, indem er "Unruhestifter" von diesem fernhielt. In der Kritik an diesem Entwurf äußerte sich auch die Besorgnis, daß eine Ausdehnung der Zivildienstmöglichkeit auch auf Waffenübende dem Aufbau der Landwehr einen ernsten Schlag versetzen könnte.

Tatsächlich kann ja der Zivildienst der herrschenden Klasse nur solange dienlich sein, als er dem Heer nicht Potential entzieht, sondern im Gegenteil das Heer vom "Ballast" der Wehrunwilligen befreit. Und auch das ist für den Staat nur solange tragbar, als die Anzahl der Zivildiener auf einen wirklich kleinen Teil der Wehrdienstpflichtigen beschränkt bleibt. Daß hier nicht eine überraschende Entwicklung sozusagen von selbst dafür sorgen kann, daß es plötzlich keine Grundwehrdiener mehr gibt, dafür ist ohnehin gesorgt: Zum Zivildienst **zugelassen wird nur**, wer von der staatlichen Zivildienstkommission die entsprechende Erlaubnis erhält.

Was also die Gefahr eines überraschenden Schwunds an "Menschenmaterial" betrifft, so kann die Bourgeoisie der kommenden Entwicklung ruhig ins Auge sehen: Solange es um kleinere Korrekturen geht, verfügt sie mit den Zivildienstkommissionen über ausgezeichnete Mittel, um den Andrang auf den Zivildienst in den nötigen Grenzen zu halten. Stellt sich heraus, daß dies nicht mehr reicht, kann man immer noch entscheidende Einschränkungen bis hin zur völligen Abschaffung des Zivildienstes durchführen.

Die neue Regierungsvorlage jedoch wird, wenn man den Äußerungen Lancens Glauben schenken darf, diesen Spielraum bedeutend zu erweitern suchen. Sie soll nämlich vorsehen, das Potential der Zivildiener in einer solchen Weise nutzen, daß dafür das dem Heer zur Verfügung stehende Potential effektiver für die eigentlichen militärischen Zwecke genutzt werden kann.

Tatsächlich ist ja im Heer ein nicht unbeträchtlicher Teil der Soldaten durch technische und organisatorische Aufgaben gebunden. Die sogenannten "Systemerhalter" sind nicht unmittelbar für militärische Zwecke vorgesehen, sondern dafür, sicherzustellen, daß das Heer seinen militärischen Zwecken entsprechen kann.

Lanc hat deshalb angekündigt, daß in Zukunft alle Zivildiener - bevor sie ihren eigentlichen Zivildienst antreten - im Rahmen des Heeres eine Art Grundausbildung absolvieren werden müssen. Damit sollen sie dafür ausgebildet werden, im Ernstfall an der "Aufrechterhaltung der zivilen und militärischen Infrastrukturen" mitzuwirken - damit von den eigentlichen Soldaten mehr in den Kampf geworfen werden können.

Dies wäre eine Neuorientierung des Zivildienstes, die zweifellos nach dem Geschmack der Bourgeoisie wäre. Für die Zivildiener würde es aber die Änderung geben, daß künftig auch sie - mehr oder minder - der Befehlsgewalt des Heeres unterstellt sind.

Wir Kommunisten lehnen eine solche Regelung, die auf die weitere Stärkung der bürgerlichen Armee hinausläuft strikt ab.

Es ist nicht so, daß wir Verfechter der Ansicht sind, die bürgerliche Armee könne dadurch bekämpft werden, indem möglichst viele Wehrpflichtige zum Zivildienst gehen. Wir sind im Gegenteil dafür, daß die Jugendlichen unbedingt ins Heer gehen, um dort sowohl die militärische Ausbildung zu erhalten, die sie für die militärischen Auseinandersetzungen brauchen, die der Kampf um den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie notwendig bringen wird, als auch um durch Zersetzungsarbeit heute schon dafür zu sorgen, daß die Armee, dieses Gewaltwerkzeug der herrschenden Klasse weitestgehend untauglich gemacht werden kann.

Gerade in diesem Sinne jedoch sind wir Kommunisten gegen jede Möglichkeit des Staates, die Jugendlichen gewaltsam in die Armee zwingen zu können. Das entscheidende Mittel des Staates ist dabei ohnehin die allgemeine Wehrpflicht und nicht etwa das Zivildienstgesetz. Das Zivildienstgesetz hat ja überhaupt erst Bedeutung aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht.

So wie wir deshalb in erster Linie für die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht sind, weil wir es dem Staat verunmöglichen wollen, die Jugendlichen zur Wehrdienstleistung zu zwingen, so sind wir deshalb auch - was den Zivildienst betrifft - gegen jegliches Zwangsgesetz, bzw. dessen Ausbau. (gf)

Staat will ANR-Kandidatur

Vor einigen Tagen entschied der Verwaltungsgerichtshof auf Wiederholung der Hochschülerschaftswahlen. Die Verwaltungsrichter reklamieren einen Formfehler, der bei der Nichtzulassung der neonazistischen Gruppe "ANR" zu den Wahlen im Juni 1979 passiert sei. Damit ist die Aufsichtsbehörde über die Studenten und ihre Vertretungsorgane, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, dazu angehalten, nun im November, 1 1/2 Jahre nach den letzten Wahlen, die Wahlen der studentischen Vertreter in den gesamtösterreichischen Zentralausschuß und den Hauptausschuß der Universität Wien zu wiederholen. Für Mai 81 sind die regulären nächsten Wahlen angesetzt. Die SP-Parlamentklub-Fraktion versucht nun, die anderen Parlamentsparteien zu gewinnen für eine gemeinsame Festlegung, die die Wiederholungswahl mit der regulären Wahl im Mai 81 zusammenfallen läßt. Die Hochschülerschaftsführung mit ihrem Vorsitzenden Lenkh schwimmt auf derselben Welle. Weder die bürgerlichen Parteien, noch die bürgerlichen Führer der Hochschülerschaft haben irgendein Interesse an einer Neuwahl. Die ideologische Vorherrschaft der Bourgeoisie über die Studenten ist keineswegs in Gefahr, die Wahlbeteiligung würde sicher nicht über 20% liegen, die derzeit mandatreichste Gruppe, die ÖSU, könnte nur verlieren.

Die Vertretungsorgane der Studenten in der "Hochschülerschaft" sind keine selbständigen Organe, sondern vom Staat per Gesetz eingeführt, in allen Einzelheiten ihres Aufbaus festgelegt und auf Zwangsmitgliedschaft gegründet. Selbst Beschlüsse der einzelnen Gremien der ÖH kann der Staat aufheben.

Die Nichtzulassung und das Verbot der ANR ist eine langjährige Forderung vieler Studenten, doch weder die Vertretungsorgane noch die Wahlkommission kann über eine Zulassung entscheiden. Der Ausschluß der ANR von den letzten Wahlen beruht nicht auf Beschlüssen der Hochschülerschaft und der Wahlkommission, sondern wurde allein durch einen formalen Trick erreicht, der nun vom Verwaltungsgerichtshof als nicht gangbar erkannt wurde. Die Vormundschaft der Staatsorgane über die Hochschülerschaft ist ein schweres Hindernis für die Studenten zur Vertretung ihrer Interessen. Die Vertretungsorgane der Studenten müssen sich gegen die freche Einmischung des Staates zur Wehr setzen, gegen jede Wiederholung dieser Wahl protestieren und sie gegebenenfalls boykottieren, gegen das Aufsichtsrecht des Wissenschaftsministeriums auftreten und uneingeschränkte Satzungs- und Finanzautonomie fordern.

Gleichzeitig verordnet der Staat durch den Entscheid des Verwaltungsgerichtshofes den Studenten eine Neuauflage der Auseinandersetzung um das Verbot der ANR und ihre Nichtzulassung zu den Hochschülerschaftswahlen. Ein schwerer Rückschlag, wo es seit längerem an der Zeit wäre, den Kampf in anderen entscheidenden Fragen aufzunehmen. Der Entscheid ist damit gleichzeitig ein Hemmschuh für die politische Entwicklung unter den Studenten. Seit Jahren weigern sich die staatlichen Organe bis zum Bundeskanzler, die ANR und ähnliche Gruppen zu verbieten, allein mit dem Hauptanliegen, Teile des Volks, vor allem Jugendliche, damit zu beschäftigen und von den reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und ihrer Regierung abzulenken, verbunden mit der gleichzeitigen Drohung, daß überhaupt "alle Extremisten" verboten gehören.

Diesen politischen Knebel nehmen verschiedene bürgerliche Studentengruppen natürlich gerne auf. Vor allem ÖSU, VSSTÖ und KSV machen weiter großen Rummel um die "neonazistischen Umtriebe" und beschwören die "Gefahr von rechts" herauf, während die reaktionären Maßnahmen der herrschenden Klasse ungeschoren bleiben, und verbinden diesen Rummel mit der Propaganda der "Entspannung" gegenüber den aggressiven Akten der Sowjetunion in der ganzen Welt. Das Verwaltungsgerichtsurteil hat ihnen jedenfalls gleich den Anstoß gegeben, am Donnerstag, dem 9. Oktober, gemeinsam eine Kundgebung für das Verbot von ANR und NDP, die Durchführung des Staatsvertrages und "für Friedenund Entspannung" zu machen und breit für eine Kundgebung am 26. Oktober in Mauthausen zu werben. Den Hauptschwerpunkt ihrer Propaganda richten sie damit gegen Zustände vor 40 Jahren, um gleichzeitig die heutigen inländischen und ausländischen Reaktionäre ungeschoren zu lassen. Die weitere Nichtzulassung der ANR zu Hochschülerschaftswahlen und das Verbot von ANR und NDP würden jedenfalls diesen Ablenkungsmanövern einigen Boden entziehen. (güst)

Anti-AKW-Demo in Graz

900 Teilnehmer zählte eine am 24. September in Graz durchgeführte Demonstration gegen die fortschreitenden Bestrebungen, das Ergebnis der Atomkraftwerks-Volksabstimmung vom November 1978 rückgängig zu machen. Initiiert wurde diese Demonstration von einem der ÖVP nahestehenden Frauenkomitee (welches allerdings das Schmitz-Volksbegehren nicht unterstützt), an der Vorbereitung beteiligt haben sich außerdem die "Bürgerinitiative gegen AKW/Graz" der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, gewisse Gruppierungen aus dem katholischen Lager, sowie Gegner der Inbetriebnahme Zwentendorfs aus dem Lager der bürgerlichen Parlamentsparteien. Die Organisatoren richteten ihr Augenmerk besonders auf eine Unterstützung "der Frauen" für die Demonstration, und bei der Schlußkundgebung auf dem Hauptplatz sprachen ausschließlich führende Vertreterinnen der Grazer Parteiorganisationen von FPÖ, SPÖ und ÖVP. Als Abschluß gab dann ein beträchtlicher Teil des Ensembles des Grazer Schauspielhauses einige Darbietungen als "Anti-AKW-Kabaret" zum besten, die zwar gut gemeint, aber alles in allem politisch doch belanglos waren.

Von den 21 Transparenten bei dem völlig ohne Parolen durchgeführten Demonstrationsmarsch waren mindestens drei Viertel alles andere als dem vermeintlichen Ziel der Bewegung dienlich. Vom schaurigen "Atomlösung - Endlösung" bis zu echt katastrophalen Losungen wie "Energielücke - Energielüge", "Energiekrise - Phantasiekrise", "Keine Kerne spalten - Leben erhalten", die allesamt der Atomkraftwerkspolitik der Bourgeoisie beste Argumente in die Hand spielen.

Insgesamt zeigte diese Demonstration, daß die organisierte Gegnerschaft zur Atomkraftwerkspolitik der Bourgeoisie, soweit man derzeit davon überhaupt sprechen kann, zu beträchtlichen Teilen unter die Fittiche bürgerlicher Kräfte, ja z.T. sogar der bürgerlichen Parteien gekommen ist. (kw)

ÖGB-Bundesfrauenausschussitzung
Keine brauchbaren Beschlüsse

Vom 24. bis zum 26. September tagte in Feldkirch der ÖGB-Bundesfrauenausschuß. Weiterhin sind für die Arbeiterklasse wichtige Probleme ungelöst, die aus der besonderen Unterdrückung und den besonderen Ausbeutungsbedingungen der Arbeiterinnen entstehen und die keinesfalls bloß die Frauen betreffen, sondern die ganze Arbeiterschaft. Kern dieses Problems sind die besonders niedrigen Frauenlöhne. Diese sind in den letzten Jahren gegenüber den Löhnen der männlichen Arbeiter immer weiter zurückgeblieben.

Unmittelbar betrifft das natürlich die Frauen, deren Stellung in Familie und Gesellschaft schon allein aufgrund der niedrigen Löhne alles andere als gerecht ist. Gleichzeitig heißt es aber Abspaltung der Frauen, die einen bedeutenden Teil der österreichischen Arbeiterklasse ausmachen (ca. 40 Prozent der Lohnabhängigen) und damit Schwächung der ganzen Klasse, Senkung des gesamten Lohnniveaus. Es ist also im Interesse aller Arbeiter und daher Aufgabe unserer Gewerkschaft, zu erreichen, daß die Löhne der Arbeiterinnen in Richtung der Männerlöhne angehoben werden und auch sonst die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterinnen bekämpft wird. Notwendig ist als erstes, daß die besonderen Lohngruppen für Frauen beseitigt werden – egal ob diese Lohngruppen offiziell als Frauenlohngruppen bezeichnet werden, oder ob es sich um "versteckte Frauenlohngruppen" handelt, wie etwa bei der Lohngruppe 6 in der Metallindustrie.

KEINE KLAREN FORDERUNGEN BESCHLOSSEN

Die Bundesfrauenausschuß-Sitzung hätte dementsprechende Beschlüsse fassen und Forderungen festlegen müssen. Nichts dergleichen wurde aufgestellt, keine Resolution verabschiedet, die irgendetwas klar darüber sagt, wie die Gewerkschaft die nötige Änderung der Lage der Arbeiterinnen erreichen kann. Nur ganz allgemein wurde über die Diskriminierung der Frauen gejammert, darüber, daß die versteckte Benachteiligung der Frauen in den Kollektivverträgen viel schwieriger zu bekämpfen ist als die offenen Frauenlohngruppen. Zu den laufenden Lohnverhandlungen hat sich der Ausschuß überhaupt nicht geäußert. Nur allgemein wurde die Notwendigkeit einer "solidarischen Lohnpolitik" betont. Daß dazu eben die Abschaffung der Frauenlohngruppen notwendig ist und Mindestbeträge, die ein Nachziehen der Niedriglöhner ermöglichen, das sucht man in den Resolutionen des Ausschusses vergeblich.

ZAHL DER ARBEITERINNEN GESTIEGEN

Seit den 50er Jahren ist die Zahl der lohnabhängigen Frauen und der Anteil der Frauen an den Lohnabhängigen ständig gestiegen, seit Beginn der 70er Jahre sprunghaft. Wieso ist es dazu gekommen? Das rasche Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft wäre ohne die Einbeziehung tausender Frauen in die Produktion nicht möglich gewesen. Daß immer mehr Frauen arbeiten gehen ist eine gute Entwicklung, da es bedeutet, daß ein immer größerer Teil der Frauen am Klassenkampf teilnimmt, und die Selbständigkeit und die politische Tätigkeit von tausenden Frauen als Teil der Arbeiterklasse zur Stärkung der Klasse führt. Das zeigt sich auch darin, daß sich ein wachsender Teil der Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. So ist etwa in den letzten Jahren der Organisationsgrad in der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder ständig gestiegen und hat inzwischen 80 Prozent der Arbeiter dieser Industriezweige erreicht. 75 Prozent der Mitglieder dieser Gewerkschaft sind Frauen. Insgesamt waren 1979 29,8 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Frauen. Zur selben Zeit betrug der Anteil der Frauen an den Lohnabhängigen aber bereits 39,8 Prozent.

ARBEITERFRAUEN – EIN TEIL DER RESERVEARMEE

Gleichzeitig aber nutzten die Kapitalisten die wachsende Frauenbeschäftigung, aufgrund der niedrigen Frauenlöhne besonders hohe Profite aus der Ausbeutung der Frauen zu holen. Wieso können die Kapitalisten die Frauenlöhne so niedrig halten? Dafür gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste ist: die Frauen sind ein Teil der "industriellen Reservearmee". Ihr Beschäftigungsgrad hängt von der jeweiligen Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft ab. Ständig ist eine gewisse Zahl von Arbeitern in Reserve, auf die das Kapital zurückgreifen kann, wenn es zu plötzlicher Ausdehnung der Produktion kommt. Diese Reservearmee ist ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Wirtschaft. Der von den Arbeitern hergestellte Reichtum wird zu einem Großteil in neue, bessere Maschinerie verwandelt, sodaß immer weniger Arbeiter notwendig werden, um die selbe Masse von Produkten herzustellen. So kommt es, daß die Arbeiter mit dem wachsenden Reichtum auch die Mittel schaffen, um sich selber relativ überflüssig zu machen. Dem entgegen wirkt nur, daß durch die rasende Ausdehnung der Produktion während der Aufschwungphasen der kapitalistischen Wirtschaft immer wieder ein Mangel an Arbeitskräften eintritt. Dann müssen andere Bevölkerungsschichten in das Heer der Arbeiter hineingezogen werden, wie tausende Bauern, die durch den Kapitalismus in der Landwirtschaft ruiniert werden, tausende Frauen und schließlich auch die ausländischen Arbeiter.

IN DER KRISE ALS ERSTE AUF DER STRASSE

Aber umgekehrt verhält es sich auch so, daß die Frauen, die während der Hochkonjunktur in die Produktion gezogen werden, bei den ersten Krisenzeichen auch als erste wieder auf die Straße geworfen werden. Auch das kann man an den Zahlen über den "Arbeitsmarkt" sehen: Der Anteil der Frauen am Arbeitskräftepotential schwankte in den letzten 20 Jahren zwischen 36,1 Prozent und 40 Prozent – der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen aber zwischen 49,7 Prozent und 74,6 Prozent!

Dient die Reservearmee den Kapitalisten überhaupt dazu die Löhne niedrig zu halten so führt die Tatsache, daß die Frauen ein besonderer Teil der Reservearmee sind dazu, daß die Frauenlöhne besonders niedrig sind. Genauso wie die Gewerkschaft für eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung kämpfen muß (d.h. in einer solchen Höhe, daß ein Arbeitsloser nicht gezwungen werden kann jede Arbeit für noch so niedrigen Lohn anzunehmen) um den Druck der Arbeitslosigkeit auf die Löhne und den gesamten wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter zu mildern – genauso muß sie dafür kämpfen, daß die Frauenlöhne angehoben werden. Denn die niedrigen Frauenlöhne drücken ja insgesamt das Lohnniveau. Das sieht man sehr deutlich daran, daß das Lohnniveau in allen Branchen mit hohen Frauenanteil besonders niedrig ist. In diesen Branchen sind auch die Facharbeiterlöhne niedriger als in anderen, obwohl die Facharbeiter meist Männer sind – die niedrigen Frauenlöhne drücken eben auch die Männerlöhne.

Wichtigste Aufgabe im gewerkschaftlichen Kampf gegen die niedrigen Frauenlöhne ist die Beseitigung der Frauenlohngruppen wie z.B. der Lohngruppe 6 in der Metallindustrie! (dr)



Brauereiarbeiter
Trotz Streik – Abschluss unter der Inflationsrate

Vier Tage lang haben die Brauereiarbeiter gestreikt. Es war der erste Streik in den österreichischen Brauereien seit 1945 und er wurde geschlossen durchgeführt. Trotzdem haben die Kapitalisten einen Abschluß unter der Inflationsrate durchgesetzt. Erhöhung der Ist-Löhne um 6,5 Prozent ab 1. September – also nach 13 Monaten Laufzeit des alten Kollektivvertrags. In diesen 13 Monaten sind die Verbraucherpreise um etwa 7,5 Prozent gestiegen. Von den 6,5 Prozent bleiben netto sogar nur 5,3 Prozent. Das sind zwischen 330 und 460 Schilling im Monat.

Was war der Ausgangspunkt vor dem Streik? Die Gewerkschaft forderte 9 Prozent Ist-Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. August – das heißt nach einer Laufzeit des alten Kollektivvertrags von 12 Monaten. Außerdem eine Erhöhung der Zulagen. Eine volle Durchsetzung dieser Forderung hätte gerade gereicht, um die Reallöhne zu sichern. Das "Angebot" der Kapitalisten war: Ist-Lohnerhöhung um 6 Prozent ab 1. Oktober – das heißt nach 14 Monaten Laufzeit des alten KV. Die Preissteigerung in diesen 14 Monaten beträgt 8 bis 8,3 Prozent.

Aber 6 Verhandlungsrunden lang ist überhaupt nicht darüber gesprochen worden, wie hoch die Lohnerhöhung sein muß. Die Auseinandersetzung ging immer nur über die Laufzeit. Die Kapitalisten beharrten darauf, erst mit 1. Oktober abzuschließen und in den neuen KV keine Begrenzung der Laufzeit aufzunehmen. Demgegenüber hielt die Gewerkschaft daran fest, daß im neuen KV keine Begrenzung der Laufzeit aufzunehmen. Demgegenüber hielt die Gewerkschaft daran fest, daß im neuen Kollektivvertrag unbedingt wieder eine Begrenzung der Laufzeit auf 12 Monate festgelegt werden muß und eine Verzögerung des Abschlusses bis 1. Oktober nicht in Frage kommt. Nach Betriebsversammlungen in allen Brauereien traten die Arbeiter in Streik. Das war unbedingt richtig, bedeutete doch das Angebot der Kapitalisten nicht nur Fixierung des Reallohnabbaus sondern darüber hinaus den Versuch, Bedingungen zu schaffen einen neuen Abschluß möglichst weit hinauszuzögern und die bisher bei den Brauereiarbeitern übliche 12 monatige Laufzeit der KVs zu durchbrechen.

STREIKEN NUR UM LAUFZEIT

Im KLASSENKAMPF schrieben wir damals, daß es unbedingt notwendig ist, mit dem Streik auch die 9 Prozent Lohnerhöhung durchzusetzen. Beschränkt man das Streikziel nur auf die Frage der Laufzeit, besteht die Gefahr, daß die Kapitalisten zwar in dieser Frage gewisse Zugeständnisse machen, um dann bei der Lohnerhöhung trotzdem einen Abschluß unter der Inflationsrate durchzudrücken. Gerade das aber ist geschehen. Die Gewerkschaftsführung erklärte ausdrücklich, daß es bei dem Streik nur um die Laufzeit geht. In Wiener Brauereien wurde den Arbeitern sogar gesagt, daß der Streik ohnehin nur wegen der steirischen und der Kärntner Brauerei-Arbeiter notwendig ist, weil die besonders schlecht dran sind. Über alles Mögliche wurde im Zusammenhang mit dem Streik von Gewerkschaftsfunktionären geredet – nicht aber über die Lohnforderung. Bei der Schwechater Brauerei z.B. erklärte der Betriebsrat, mit dem Streik soll auch gleich durchgesetzt werden, daß 36 Arbeiter, die die Firmenleitung abbauen wollte, umgeschult werden, und daß jeder Arbeiter bei 25-jähriger Betriebszugehörigkeit eine goldene Uhr bekommt. Das bedeutet – was immer sich dieser Betriebsrat dabei gedacht haben mag – Ablenkung von den eigentlichen Aufgaben des Streiks, Zersplitterung der Arbeiter (wie sollen alle österreichischen Brauerei-Arbeiter einen einheitlichen Streik führen, wenn von innerbetrieblichen Fragen geredet wird, aber nicht von der notwendigen Lohnerhöhung?).

Rasch und ohne weitere Beratung in den Betrieben hat die Gewerkschaftsführung dann abgeschlossen, nachdem die Kapitalisten bei der Laufzeit Zugeständnisse machten. Keineswegs kann der Abschluß wegen dieser Zugeständnisse als Erfolg der Gewerkschaft eingeschätzt werden. Wie soll es ein Erfolg für die Arbeiter sein, wenn der Abschluß nicht einmal die Reallöhne sichert? Und auch die Zugeständnisse bei der Laufzeit gehen nicht sehr weit. Immerhin haben die Kapitalisten eine Verlängerung des alten Kollektivvertrags auf 13 Monate erreicht. Das ist vor allem deswegen schlecht, weil im alten Kollektivvertrag eine 12-monatige Laufzeit festgelegt war. Daß diese um ein Monat überzogen werden konnte, entwertet die Bestimmung einer 12-monatigen Laufzeit im neuen Kollektivvertrag!

DIE TATKIK DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG FÜHRTE ZUR NIEDERLAGE

Der Abschluß ist nicht nur deswegen schlecht, weil er unter der Inflationsrate liegt. Darüber hinaus bedeutet er eine Schwächung der Arbeiter. Sie haben 4 Tage gestreikt und müssen dennoch einen Abschluß hinnehmen, der nicht einmal die Reallöhne sichert, der noch schlechter ist, als die Abschlüsse der vergangenen Jahre, die netto unter der Inflationsrate gelegen sind – heuer liegt der Abschluß sogar brutto unter der Inflationsrate! Ein solches Ergebnis bedeutet Demoralisierung der Arbeiter. Wozu soll man da noch streiken, wenn so etwas herauskommt? Und die Kapitalisten, nicht zuletzt mit ihren Zeitungen, nützen das auch aus. Streiken – das ist völlig sinnlos, damit schaden sich die Arbeiter nur selbst. Mit friedlichen Verhandlungen kann man mehr erreichen bzw., wenn die wirtschaftliche Lage keinen besseren Abschluß erlaubt, dann hilft auch kein Streik – das ist die Lehre, die sie den Arbeitern eintrichtern wollen.

War tatsächlich nicht mehr drinnen? Keineswegs. Die Gewerkschaftsführung hat mit ihrer Taktik die Arbeiter in eine Niederlage geführt. Einen Streik ausrufen, aber die entscheidende Frage – die Höhe des Lohnabschlusses vom Streikziel ausklammern, schließlich ohne Beratungen in den Betrieben einem Abschluß zustimmen, bevor der Streik noch zu greifen begonnen hat (die Kunden der Brauereien hatten noch genügend Bier vorrätig und von dieser Seite kam noch kein Druck auf die Brauerein. Die ausgefallenen Lieferungen konnten die Brauereien mit Überstunden relativ leicht wieder aufholen) – das hat zur Niederlage der Brauerei-Arbeiter geführt. Die Lehre aus dem Streik kann keineswegs sein, daß Lohnkämpfe ohnehin sinnlos oder sogar gefährlich sind, sondern daß eine andere Gewerkschaftspolitik notwendig ist, um die Interessen der Arbeiter durchsetzen zu können. (dr)

Papierfabrik Weissenbach Stmk
175 ohne Arbeit

"Nur Hoffnung auf das BMW-Werk, das in Steyr gebaut werden soll." – Die übliche Leier der Sozialdemokratie wird auch in diesem Fall heruntergeratscht. Wie immer, wenn es irgendwo größere Entlassungen gibt, oder ein bedeutenderer Betrieb in einer Region aufgelassen wird, sind die angeblich in Aussicht stehenden "Ersatzarbeitsplätze" bei der Hand.

Dabei ist dieses Gerede nirgends so fehl am Platz wie im Fall der Papierfabrik Weißenbach an der Enns. Denn die Altersstruktur der mit 1. Oktober auf die Straße gesetzten 175 Beschäftigten macht eine anderwärtige Beschäftigung der Arbeiter praktisch unmöglich. Nur knapp 20 Prozent von ihnen sind unter 45 Jahre alt, an die 80 Prozent zwischen 50 und 60. Darüber hinaus gibt es im Umkreis von 60 Kilometern ohnehin praktisch keine freien Arbeitsplätze.

Kurzum, was bleibt ist Ungewißheit, Verzweiflung, Elend. – Arbeiterschicksal im Kapitalismus. Aber daß "die Leute durch die jahrelange Ungewißheit einen Fatalismus entwickelt" haben, wie Betriebsratsobmann Michael Maderthaner seine Arbeitskollegen charakterisierte, das liegt nicht unbedingt in der Natur der Sache. Es liegt wohl daran, daß die Weißenbacher Papierarbeiter jahrelang durch die reformistische Ideologie der Sozialdemokratie mehr und mehr gelähmt, auf das Auf und Ab des Betriebes und der Wirtschaft überhaupt eingeschworen worden sind. Ihre eigene Zukunft ist ihnen mehr und mehr nur denkbar geworden als Zukunft im Kapitalismus. Der hat für den Arbeiter aber keine, daher ihr "Fatalismus".

Wenn daher ein Gewerkschaftsfunktionär in der allerletzten Betriebsversammlung abschließend nur sagen konnte! "Ich kann Euch nur noch alles Gute wünschen", dann ist das vor allem wohl eine Bankrotterklärung der vorherrschenden Gewerkschaftspolitik. Gesagt werden kann und muß: Die Lage, in die die Weißenbacher Papierarbeiter gekommen sind, ist eine alltägliche Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Um der Arbeiterklasse den Kampf dagegen und die Möglichkeit zum selbständigen Denken und Handeln zu erleichtern, sie vor Verelendung zu schützen und vor "Fatalismus" zu bewahren, ist vor allem die Garantie einer ordentlichen Arbeitslosenunterstützung für den Fall der Arbeitslosigkeit notwendig; und zwar nicht fürs erste halbe Jahr, sondern für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit; und in der ausreichenden Höhe von 80% des Lohns. Das fordert der KB. Die Anstrengungen aller Arbeiter, insbesondere der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre sollten verstärkt werden, diese Forderung zu einer Forderung der Gewerkschaft zu machen. (kw)

Kollektivverträge:
Zersplitterung der Arbeiterschaft

Viel hört man von den großen Kollektivvertragsverhandlungen, bei denen es um die Löhne und Gehälter von -zigtausend Arbeitern oder Angestellten geht, wie bei den Metallarbeitern, Chemiearbeitern, Industrieangestellten oder bei den Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig finden aber auch Kollektivvertragsverhandlungen für eine Unzahl von kleinen und kleinsten Branchen statt. Insgesamt geht es auch dabei um -zigtausend Arbeiter - aber eben aufgesplittert in viele kleine Gruppen. Diese Zersplitterung gibt es nicht nur nach Branchen und Unterbranchen, sondern dazu noch regional. So haben z.B. die Fliesenleger in Oberösterreich, die Kürschner von Wien oder Salzburg jeweils einen eigenen Kollektivvertrag. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr über 600 Kollektivverträge abgeschlossen. Diese Zersplitterung ist schlecht, schwächt die Kampfkraft. Ein erster Schritt zur Überwindung dieser Zersplitterung wäre es, wenn die Gewerkschaftspresse über diese vielen KV-Verhandlungen informieren würde. Das ist aber bis jetzt nicht der Fall.

Die folgende Liste soll ein ungefähres Bild davon geben, welche KV-Verhandlungen in den letzten Wochen stattgefunden haben bzw. gerade laufen. Die Liste ist keineswegs vollständig.
- Kürschner in Wien. Abgeschlossen wurde: Erhöhung der Ist-Löhne um 5%, der KV-Mindestlöhne um 7-9% (unterschiedlich in den verschiedenen Lohngruppen). Auch die Salzburger Kürschner haben im August einen Antrag auf Lohnverhandlungen bei der Paritätischen Kommission eingebracht. Diese hat aber die Verhandlungen nicht freigegeben, da ohnehin erst am 1.1.1979 die letzte Lohnerhöhung in Kraft getreten sei (also 20 Monate vorher!).
- Brauereiarbeiter. Abgeschlossen wurde: Erhöhung der Ist-Löhne um 6,5% ab 1.9.1980.
- Arbeiter der privaten Autobusbetriebe. Abgeschlossen wurde: Erhöhung der KV-Mindestlöhne um 7,7% ab 15.9.1980
- Arbeiter der Kärntner Lichtspieltheater: ungefähr 10 bis 15 Arbeiter. Abgeschlossen wurde: Erhöhung der Kollektivvertragslöhne ab 1.9.1980 um 5% und dann ab 1.1.1981 noch um 3%
- Chemisch-Putzer, Färber und Wäscher in 6 Bundesländern. Abgeschlossen wurde: Erhöhung der Ist-Löhne um 5.9% und der KV-Mindestlöhne um 7% ab 1.9.1980. Außerdem wurden bei Wäschern und Mitfahrern Ungleichheiten für Frauen beseitigt, wodurch diese von der Lohngruppe 5 nach 4 aufrücken. Weitere Verbesserungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld.
- Reinigungspersonal der Versicherungen
- Arbeiter der Süßwarenindustrie
- Arbeiter in Fischereiindustrie und -gewerbe
- Arbeiter in der alkoholfreie Erfrischungen erzeugenden Industrie
- Arbeiter in der Fruchtsafterzeugung
- Arbeiter in der Kohlensäureindustrie
- Arbeiter in der Essig- und Spirituosenerzeugung
- Arbeiter in der Obst- und Gemüseverwertung
- Angestellte der Heil-, Bade- und Kuranstalten in Wien und Kärnten
- Arbeiter in der Schuhindustrie. Abgeschlossen wurde: Erhöhung der Ist- und der KV-Löhne um 6,5%

Weiters die großen Branchen.

Metallarbeiter
Der neue Kollektivvertrag -ein Sieg der Kapitalisten

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde der neue Metallarbeiterkollektivvertrag abgeschlossen:
- **Erhöhung der Ist-Löhne um 6,2%, der KV-Mindestlöhne um 8,1%**
- **Erhöhung der kollektivvertraglich geregelten Zulagen um 8,2%**
- **Erhöhung der Lehrlingsentschädigung um 8,8%**
- **Verbesserung der Abfertigungsregelungen**
- **Geltungstermin: 1. Oktober für Monatslöhner, aber 6. Oktober für Wochenlöhner**

Mindestbetrag bei der Ist-Lohn-Erhöhung (ursprünglich forderte die Gewerkschaft 550.- S) wurde überhaupt keiner abgeschlossen.

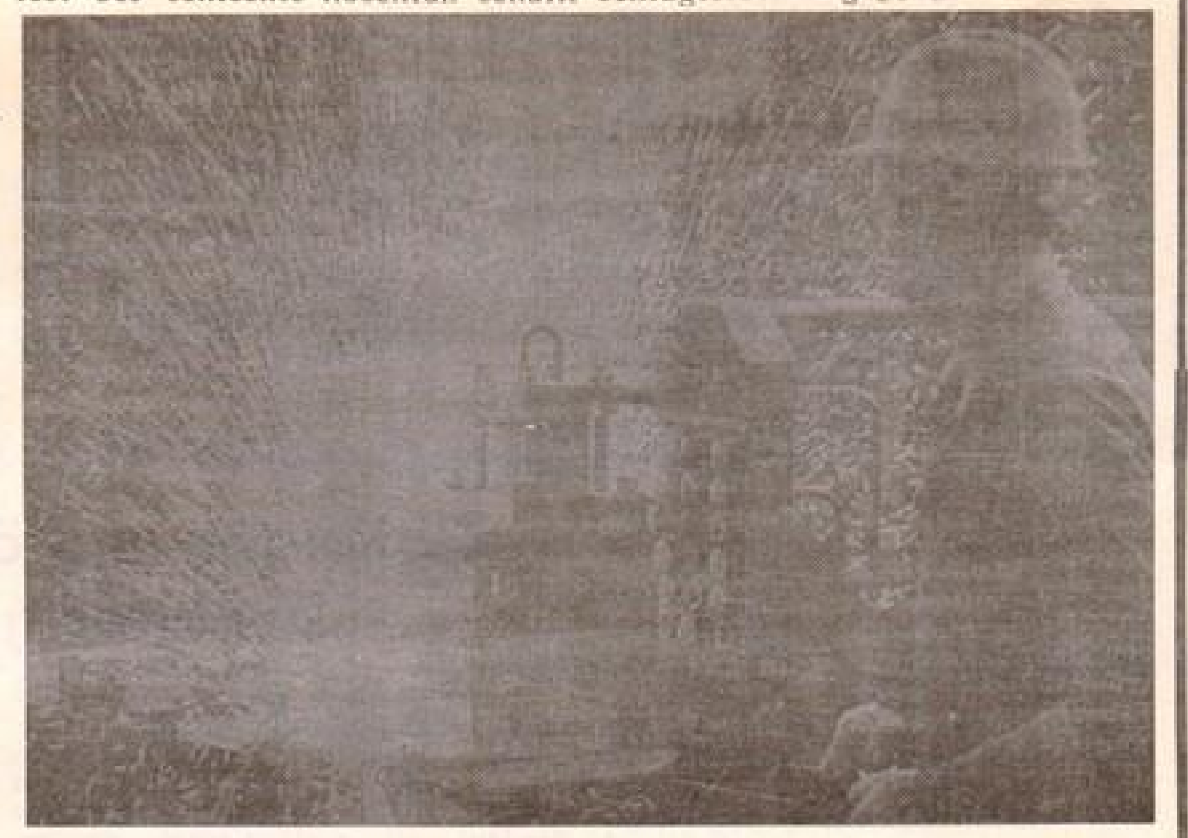
Ein "Kompromiß"? Oder gar ein "Erfolg"? Lassen wir die Tatsachen sprechen: Zwischen 1. September 1979 (Geltungsbeginn des alten KV) und 1. Oktober 1980 (Geltungsbeginn des neuen KV) sind die Verbraucherpreise etwa um 7.9% gestiegen. Der Bruttolohnabschluß liegt um 1,7%-Punkte darunter. Netto jedoch beträgt die Lohnerhöhung sogar nur 4,4% - 4,9%. Die Bilanz: trotz dieses Abschlusses sind die Löhne nach der Erhöhung per 1. bzw 6. Oktober um 3% - 3,5% weniger wert als ein Jahr zuvor. In Schilling bringt der Abschluß - je nach Lohngruppe - netto zwischen 266.- und 400.- (siehe Tabelle), im Schnitt also 333.- Schilling. Notwendig wären mindestens 900.- S gewesen. Die 333.- S monatlich machen pro Woche etwa 84.- Schilling aus. Es ist ganz klar, daß damit nicht einmal die Mehrkosten für Benzin und Zigaretten abgedeckt sind. An diesem miesen Abschluß läßt sich mit noch so vielen Worten und diversen "Argumenten" nichts beschönigen.

KEIN "KOMPROMISS", SONDERN: EIN SIEG DER KAPITALISTEN

Die Kapitalisten haben ihr Ziel in dieser KV-Runde voll erreicht, ja übertroffen. Dieses Ziel war: ein Abschluß brutto unter der Inflationsrate. Von einem "Kompromiß" kann keine Rede sein. Die Kapitalisten haben sich voll durchgesetzt, die Gewerkschaftsführung jedoch konnte nicht einmal die Verteidigung des Reallohns erreichen. Die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung hat den Kapitalisten von Anfang an den Weg geebnet und ihnen nichts entgegengesetzt. Der Abschluß spricht das Urteil über die kapitalistenfreundliche Politik, die heute in der Gewerkschaft dominiert. Unter der von der Gewerkschaftsführung verfolgten Politik können die Arbeiter immer nur die Verlierer und die Kapitalisten immer die Sieger sein.

FÜR EINE GEWERKSCHAFTLICHE NACHSCHLAGSFORDERUNG: 500.- S PER 1. APRIL!

Wenn es auch den Kapitalisten gelungen ist, einen Abschluß durchzusetzen, der nicht einmal den Reallohn wieder auf den Stand vom 1. September 1979 bringt, so bleibt die Verteidigung des Reallohns dennoch das nächste Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes. Der schlechte Abschluß schafft eine Lage, in der es darum geht, ab sofort Kräfte zu sammeln für die Durchsetzung einer gewerkschaftlichen Nachschlagsforderung. Keinesfalls gilt das Argument, daß man sich ja ohnehin innerbetrieblich etwas dazuholen könne. Wo man das kann, soll man es tun. Aber für die meisten Metallarbeiter sind die Bedingungen dafür äußerst ungünstig. Auch dürfen sich die Metallarbeiter nicht zersplittern lassen nach dem Motto: "Jeder soll es sich selbst richten". Von den Betrieben aus muß daher in der Gewerkschaft eine Bewegung aufgebaut werden für eine gewerkschaftliche, die ganze Branche erfassende Nachschlagsforderung. Zumindest 900.- Schilling Lohnerhöhung wären für alle nötig gewesen. Der jetzige Abschluß liegt zwischen 130.- und 430.- S darunter. Anfang des Jahres wird noch einiges dazukommen: die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um 1/5 ab 1.1.1981; eine ganze Welle von Tarif- und Gebührenerhöhungen und natürlich der allgemeine Fortgang der Inflation. Unserer Meinung nach kann unter diesen Umständen der Lohn keinesfalls für ein ganzes Jahr bis Herbst 1981 eingefroren werden. Vielmehr wäre gewerkschaftlicher Kampf notwendig, um per 1. April eine Zwischenlohnerhöhung von 500.- S durchzusetzen. Die Debatte darüber müßte jetzt in den Betrieben beginnen.



Was bringt der Kollektivvertrags-Abschluß für die Metallarbeiter:

Lohngruppe	1	2	3	4	5	6	7
brutto alt	12.525	11.501	10.556	9.963	9.444	8.309	7.715
brutto neu	13.301	12.214	11.210	10.580	10.029	8.824	8.193
Erhöhung	776	713	654	617	585	515	478
Netto ohne Alleinverdienerabsetzbetrag							
netto alt	8.679	8.092	7.550	7.186	6.865	6.167	5.802
netto neu	9.079	8.459	7.889	7.528	7.190	6.452	6.067
Erhöhung	400	367	339	342	325	305	265
in %	4,60	4.53	4.49	4.75	4.73	4.94	4,56
nett							
Netto mit Alleinverdienerabsetzbetrag							
netto alt	8.945	8.358	7.816	7.452	7.132	6.434	6.068
netto neu	9.345	8.726	8.155	7.795	7.457	6.719	6.334
Erhöhung	400	368	339	343	325	285	266
in%	4.47	4.40	4.33	4.60	4.55	4.42	4.38

(Die Berechnungen beziehen sich auf die Durchschnittslöhne je Lohngruppe, ohne Überstunden)

DIE URLAUBSVERLÄNGERUNG FÜR SCHWER- UND SCHWERSTARBEITER DARF NICHT EIN WEITERES JAHR VERSCHLEPPT WERDEN!

Auf dem Metallarbeitergewerkschaftstag im Mai 1980 wurde beschlossen, eine Woche zusätzlichen Urlaub für die Schwerarbeiter und zwei Wochen für die Schwerstarbeiter zu fordern. Damals versicherte Sepp Wille, daß diese Forderung bei den Kollektivvertragsverhandlungen eingebracht werden würde. Tatsächlich hat die Gewerkschaftsführung das nicht getan. Die Kapitalisten sind natürlich daran interessiert, daß die Resolution des Gewerkschaftstages noch jahrelang Papier bleibt. Unserer Meinung nach ist diese Forderung ein äußerst dringliches Problem. Es darf nicht ein weiteres Jahr verstreichen, ohne daß sie durchgesetzt wird. Unverzüglich müßte die Gewerkschaft den Kampf für ihre Durchsetzung aufnehmen, so daß diese Verbesserung noch für 1981 wirksam werden kann. Dafür zu sorgen ist - neben einer Nachschlagsforderung beim Lohn - eine zweite wichtige Aufgabe der Metallarbeiter.

ARGUMENTE
Solidarität

Die ÖGB-Führung hat immer wieder betont, daß eine "solidarische Lohnpolitik" notwendig ist. Also einheitlicher Kampf der Arbeiter, kleinen und mittleren Angestellten um ausreichende Lohnerhöhungen? Unterstützung der schwächeren Teile der Arbeiterschaft durch die stärkeren? Nachziehen der besonders schlecht bezahlten Teile der Arbeiter? Der Kommunistische Bund Österreichs hat bereits im Juni einen Vorschlag für ein Forderungsprogramm zu den Metallarbeiter-Kollektivvertragsverhandlungen vorgelegt, der einer solchen Orientierung entsprach. Kern dieses Vorschlags war die Lohnforderung: 9%, mindestens 900,- Schilling.

Eine solche Lohnforderung hätte in mehrfacher Weise Grundlage für solidarisches Handeln der Arbeiter sein können:
- Für alle hätte eine solche Lohnerhöhung wenigstens den Reallohn gesichert. Der Mindestbetrag würde zum Nachziehen der besonders schlecht bezahlten Teile der Metallarbeiter führen und damit Einheit und Kampfkraft der Metallarbeiter stärken, die Spaltungsmöglichkeiten der Kapitalisten einschränken.
- Die gleiche Forderung wäre auch für die wichtigsten anderen Lohn- und Gehaltsverhandlungen geeignet - für den öffentlichen Dienst und für die Industrieangestellten. Das Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst liegt weit unter dem Lohnniveau der Industrie. 9%, mind. 900,- Schilling brächten einen Schritt in Richtung Angleichung und würden auch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilen der öffentlich Bediensteten verringern.
- Viele andere Branchen könnten - zwar nicht die Forderung übernehmen - sich aber daran orientieren.

Auch andere Punkte des Forderungsvorschlags des KB waren darauf gerichtet, die Spaltungsmöglichkeiten einzuschränken, Einheit und Solidarität zu fördern: Abschaffung der Lohngruppen 6 (versteckte Frauenlohngruppe), 7 (vor allem für Ausländer) und 8 (Jugendlohngruppe); gleicher Abschluß zur selben Zeit für Industrie und Gewerbe (durch die getrennten Kollektivverträge können die Kapitalisten die kampfschwächeren Arbeiter im Gewerbe besonders hinunterdrücken und das aber auch gegen die Industriearbeiter einsetzen); gleicher Abschluß zur selben Zeit für Arbeiter und Angestellte.

Der Vorschlag des KB für die Metallarbeiter-KV-Verhandlungen war also nicht nur darauf gerichtet, wenigstens den Reallohn zu sichern und gewisse Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, sondern gleichzeitig auch darauf, die Einheit der Arbeiterklasse zu stärken. Gerade deshalb ist unter diesem Vorschlag solidarischer Kampf der Arbeiter möglich und deshalb können die Arbeiter solche Forderungen auch durchsetzen, wenn die Gewerkschaft sie in ihr Forderungsprogramm aufnimmt.

Aber die Gewerkschaftsführung sieht die Aufgaben der Gewerkschaft ganz anders. Spricht sie von "solidarischer Lohnpolitik" meint sie keineswegs einheitlichen Lohnkampf, gegenseitige Unterstützung der Arbeiter, gemeinsame Abwehr der Angriffe der Kapitalisten. Ihre ganze Politik orientiert sich nicht auf die Durchsetzung der Arbeiterinteressen, sondern auf die Unterordnung der Interessen der Arbeiter unter die Interessen des Kapitals: Die wirtschaftliche Lage ist eben schwierig, das bringt eben auch Belastungen für die Arbeiter mit sich.

"Solidarische Lohnpolitik" - damit meint die Gewerkschaftsführung gleichmäßige Aufteilung dieser Belastungen auf alle Arbeiter. Tatsächliches Ergebnis dieser Politik ist aber Vertiefung der Spaltungsmöglichkeiten für die Kapitalisten, Entwaffnung der Arbeiter gegenüber den Angriffen der Kapitalisten, Hinnehmen der Verschlechterung der Lage aller Arbeiter, aber ganz besonders jener Teile der Arbeiterschaft, die ohnehin schon besonders schlecht bezahlt, besonders zersplittert und geschwächt sind. Der Verlauf der heurigen Lohnrunde zeigt das deutlich:

Für die wichtigsten Lohn- und Gehaltsverhandlungen haben die jeweiligen Gewerkschaften total unterschiedliche Forderungen aufgestellt (Metallarbeiter 7,8%, mindestens 550.- S, Abschluß: 6,2%; Industrieangestellte 7,3%, mindestens 850.- S; öffentlicher Dienst 9,5%). Dadurch ist eine große Zersplitterung entstanden, einheitliches Vorgehen und gegenseitige Unterstützung der größten Gewerkschaften in der Lohnrunde ist so nicht möglich.

Die Metallarbeitergewerkschaft ist die größte und kampfstärkste Arbeitergewerkschaft. Aber gerade diese Gewerkschaft ist mit einer besonders schlechten Forderung in die Verhandlungen gegangen (niedrige Forderung und niedriger Mindestbetrag). Statt die Kraft der Metallarbeiter zu nutzen und die anderen mitzuziehen, wurden so die Metallarbeiter entwaffnet und für die anderen ist es - nach dem schlechten Abschluß für die Metallarbeiter - nahezu unmöglich ihre teilweise besseren Forderungen durchzusetzen. Der schlechte Abschluß bei den Metallarbeitern wird auch bereits genützt, um gegen die 9,5%-Forderung für den öffentlichen Dienst zu hetzen. Wie können die Beamten, Eisenbahner, Postler eine so hohe Forderung aufstellen, wo die Metallarbeiter so "vernünftig" waren und mit Rücksicht auf die Wirtschaftsentwicklung einem "maßvollen" Abschluß zustimmten?

Tatsächlich ist es auch nicht so, daß die etwas besser bezahlten Teile der Arbeiter sich mit niedrigen Abschlüssen zufriedengeben, damit die schlechter bezahlten etwas mehr bekommen können. Im Gegenteil bedeutet zum Beispiel der Metallarbeiter-KV-Abschluß, daß nicht einmal für die Facharbeiter Reallohnabbau verhindert wurde, die untersten Lohngruppen aber besonders schlecht abschneiden. Für diese Niedriglohngruppen bringen 6,2% netto gerade noch 75.- bis 80.- S pro Woche!

Oder können jetzt die Branchen, in denen das Lohnniveau besonders niedrig ist, etwa höher abschließen, weil die Metallarbeiter so niedrig abgeschlossen haben? Im Gegenteil: 340.000 Metallarbeiter mußten einen Lohnabschluß unter der Inflationsrate hinnehmen, weil sie durch die reformistische Politik der Gewerkschaftsführung entwaffnet worden sind. Wie sollen da etwa die 240 Arbeiter der Hutindustrie, die Salzburger Kürschner oder die 620 Arbeiter der Chemisch-Putzereien und Färbereien einen besseren Abschluß durchsetzen? (dr)

Postamt 5020 Salzburg Postumleitung

Zwei Arbeiter mehr pro Partie!

Im September wurde in der Paketumleitung "durchgerechnet". Anlaß war der hohe Überstundenanfall. Mehrere Spezialisten der Linzer Direktion gingen der Sache nach.

Arbeit in der PU ist sehr anstrengend. Der Turnus ist zermürbend, insbesondere der arbeitsintensive Nachtdienst. Die Intensität der Arbeit nimmt immer mehr zu, der Paketumsatz steigt ständig.

Aber der niedrige Lohn zwingt die Kollegen zu Überstunden. 50 Wochenstunden und mehr, ein Nachtdienst zusätzlich sind keine Seltenheit.

Nehmen die Überstunden beträchtlich zu, dann läßt die Verwaltung ihre "Durchrechner" aufkreuzen. Das sind ihre Experten, in allen Schlichen geübt, die Antreiberei noch mehr zu steigern. Sie haben auszuforschen, ob es vermeidbare Stehzeiten gibt; ob unzweckmäßig gearbeitet wird; ob die Arbeitsorganisation zu wenig zügig ist. Kurz gesagt: ob die Kollegen auch wirklich ausgelastet sind. Denn aus der Sicht der Verwaltung liegt darin die Ursache für die hohe Überstundenzahl.

SOLCHE ZUSTÄNDE GIBT'S SONST NIRGENDS

Bei der Durchrechnung zeigt sich rasch: diese Herren können nicht aus ihrer Antreiberhaut heraus, höchstens solange der Personalvertreter dabei ist. Aber der war nach einer Viertelstunde dahin.

Dann geht die Peitschenknallerei los. Für den Postzug wollen sie zwischen 11 und 12 Uhr Rekordleistungen sehen. Dabei ist es wie üblich eine starke Nacht, die Nacht von Donnerstag auf Freitag. Sogar die Herren aus Linz, und die sind alles andere als zimperlich, sind überrascht. Solche Zustände gibt's sonst nirgends in Österreich, soll einer gesagt haben.

Stimmt. Hier wird dieselbe Paketleistung erbracht wie in der PU im Postamt 4020 Linz. Nur mit dem "kleinen" Unterschied, daß hier nur halb soviel Kollegen diese Leistung erbringen. Ein alter Kollege dazu: "Mein Leben lang bin ich schon bei der Post, aber so geschunden haben wir uns noch nie. Und es wird immer mehr!"



Pro Tag müssen die salzburger Postler 7000 Pakete zustellen

WAS WIRD DIE DURCHRECHNUNG BRINGEN?

Es wird lange Zeit dauern, hat der Personalvertreter gesagt. Das hilft aber den Kollegen herzlich wenig. Jetzt beginnt bereits der Weihnachtsverkehr. Ein paar Urlaubsersatzkräfte und Zivildiener, um sich über diese schwere Zeit hinwegzuschustern, ändern nichts an der üblen Lage. Und überhaupt: Soll man sich darauf verlassen, daß die Verwaltung einen "gerechten Postenplan" erstellt? Soll man warten, daß die Direktion "großzügig" mehr Posten bewilligt? Ihr ist doch eher zuzutrauen, daß sie die "vorbildliche" Salzburger Antreiberei auch in anderen Umleitungen durchsetzen wird.

ZWEI MANN MEHR PRO PARTIE! VERSTÄRKUNG FÜR DEN WEIHNACHTSVERKEHR!

Das ist unbedingt und dringend nötig, um die Arbeitshetze in der Paketumleitung einschränken zu können! Für diese Forderung muß sich die Personalvertretung auf unserem Postamt einsetzen und auch für die anderen Abteilungen entsprechende Forderungen aufstellen. Um eine solche Ausweitung des Dienstpostenplans durchsetzen zu können, muß aber auch die Gewerkschaft insgesamt durchsetzen, daß mehr Postler eingestellt werden. Anfang September hat der Gewerkschaftsvorstand bereits beschlossen, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, um "personelle Engpässe zu beseitigen". Bis jetzt wurde aber noch nichts bekannt, ob diese Verhandlungen bereits aufgenommen wurden. Unbedingt muß eine klare Forderung aufgestellt werden, wieviel Postler mehr eingestellt werden müssen. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft hat die Einstellung von 1.000 zusätzlichen Eisenbahnern gefordert. Daran sollte sich auch die Postgewerkschaft orientieren. Zwar reichen 1.000 zusätzliche Postler nicht aus, aber als erster Schritt. Auch ist es günstig, wenn Eisenbahner und Postler eine einheitliche Forderung aufstellen und gemeinsam dafür eintreten. Die jetzt stattfindenden Gehaltsverhandlungen sollte die Gewerkschaft nützen und gleichzeitig die unbedingt notwendige Personalaufstockung fordern. (Zelle Post / Salzburg)

Leserbrief

Pflegeheim Liesing

Doppelt soviele Schwestern notwendig!

Ich bin seit einigen Jahren im Pflegeheim Liesing Stationsgehilfin. Da ich schon auf mehreren Stationen gearbeitet habe, ist mir so manches Problem aufgefallen. So ist der Patientenstand zwischen ca. 70 und 90 Patienten fast auf allen Stationen im Haus. Davon sind ca. 30 bis 40 Patienten schwere Pflegefälle, die man heben und legen muß. Zu ihrer Betreuung sind aber nur 4 bis 5 Schwestern bei Tag und 2 bei Nacht da. Bei so einem niedrigen Personalstand muß schon sehr schnell gearbeitet werden, will man mit den anfallenden Pflegearbeiten fertig werden.

Für ein näheres Eingehen auf die Patientenwünsche bleibt da keine Zeit, wie es aber oft notwendig wäre. Denn ein alter Mensch sucht eine gewisse Aufnahme und Geborgenheit, die ihm die Familie ja nicht mehr geben kann, und nicht nur jemanden, der ihn trocken legt, wäscht, füttert und medizinisch versorgt. Abgesehen davon, daß die Patienten die Leidtragenden sind von diesem System - es ist auch für das Personal zu viel. Die Stationen müßten unbedingt verkleinert werden: 30 Patienten pro Station. Dazu wären doppelt so viele Stationen und vor allem doppelt so viele Schwestern nötig!

Allein beim täglichen Bettenmachen und Reinigen der Patienten, wo ca. 30 bis 40 Patienten schwere Pflegefälle sind, kämpfen ältere Kolleginnen mit dem Tempo und dem Heben der Patienten. Nach dem zweiten Saal hat man Kreuzschmerzen. Alle vierzehn Tage oder alle Wochen wird gebadet. Im allgemeinen baden 2 Schwestern ca. 25 bis 30 Patienten (den ganzen Vormittag). Da der Patienten-Lifter unpraktisch und zu langsam ist, müssen die Schwestern die Patienten auch wieder herausheben.

Was die Bezahlung betrifft, so bekommt eine Stationsgehilfin nach mehreren Jahren ca. 7.500 bis 8.000 Schilling im Monat (mit den üblichen Zulagen).(ls)

Öffentlicher Dienst: Verhandlungen verschoben

Die für letzte Woche angesetzte Verhandlungsrunde wurde wegen der Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen ehemaligen SP-Innenminister Hans Czettel um eine Woche verschoben. Der von Regierungsseite die Verhandlungen führende Staatssekretär Löschnak hat sich zur Forderung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst nach 9,5% mehr für 1981 (ab 1. Jänner) bisher nur allgemein geäußert: Die Forderung sei zu hoch. Außerdem versucht er, die von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst aufgestellte Forderung nach einer Mindestverbesserung der Besoldungsstruktur im öffentlichen Dienst ins Spiel zu bringen. Die Gewerkschaft hat aber schon auf einer Enquete im heurigen Juni festgestellt, es gebe drei Punkte, die unbedingt gemeinsam, bald und unabhängig von den notwendigen Gehaltsforderungen verhandelt werden müssen. Es handelt sich um die Verbesserung für Empfänger niedrigster Einkommen (Handwerklicher Dienst und Verwendungsgruppen E,D,C der allgemeinen Verwaltung - siehe auch KLASSENKAMPF 18/80, S.9), um die Anpassung der Beförderungsrichtlinien von Akademikern in nachgeordneten Dienststellen (also in den "gewöhnlichen Ämtern" und Mittelschulen) und um die Anhebung der Haushaltszulage, die seit über 10 Jahren gleichblieb.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst hat darauf hingewiesen, daß 75% der Bezieher niedriger Einkommen weniger verdienen als der Durchschnitt der Industriearbeiter, bei einem Teil liegen sogar die (höchsten) Endbezüge (nach vierzig Dienstjahren) unter diesem Durchschnitt. Die derzeitige Haushaltszulage für ein Ehepaar mit zwei Kindern beträgt 450,- S, wofür man nicht viel mehr als ein Paar Kinderschuhe bekommt.

Gemeinsam müssen diese Forderungen nicht nur wegen ihrer Dringlichkeit gestellt und verhandelt werden, sondern auch wegen der Gefahr, daß von Regierungsseite sonst die verschiedenen Betroffenen gegeneinander ausgespielt werden. (pp)

Semperit:

Lage der ausländischen Arbeiter

Im Werk Traiskirchen arbeiten insgesamt 4.500 Arbeiter und Angestellte. Unter den Arbeitern sind ca. 800 Arbeiter aus der Türkei, ca. 600 Arbeiter aus Jugoslawien und noch viele andere verschiedener Nationalitäten, die die Firmenleitung vor allem aus dem naheliegenden Flüchtlingslager Traiskirchen holt.

Noch vor wenigen Jahren war der Ausländeranteil an der Belegschaft sehr gering. Erst seit ca. 8 Jahren werden vermehrt ausländische Kollegen aufgenommen.

Ihre Lage im Betrieb ist zwar formell gleich der der österreichischen Arbeiter. Aber im Lauf der Zeit haben sich mehr oder weniger "Ausländerabteilungen" herausgebildet. Das sind solche Abteilungen, in denen die schwerste, gefährlichste, schmutzigste Arbeit gemacht wird, ohne daß dafür entsprechend bezahlt würde. Die Löhne in diesen Abteilungen betragen ca. 50,- Schilling für die Frühschicht und cirka 58,- Schilling für die Nachtschicht. Selbstverständlich arbeiten sie alle im Akkord. Ein Teil der Ausländer sind sogar "Nur-Nachtschicht-Arbeiter" und dieser Teil wächst immer mehr. Aufgrund des niedrigen Lohns können die ausländischen Arbeiter ihre Familien oft nicht mehr versorgen, wenn sie normal in Dreier-Schicht arbeiten. Deshalb greifen sie dann zur ruinösen Nur-Nacht-Schichtarbeit. Die Frauen der Ausländer sind gewöhnlich nicht in der Produktion. Sie haben es noch schwerer eine Arbeit zu finden, als die Männer. Die Semperit selbst nimmt z.B. keine türkischen Frauen auf.

Die Lage der ausländischen Kollegen wird noch dadurch verschlechtert, daß sie sich kaum verständigen können. Die meisten können fast gar kein Deutsch und sie haben auch nicht die Möglichkeit die Sprache zu lernen. Aus diesem Grund fällt es der Firmenleitung noch um vieles leichter, sie zu entrechten und ihnen die schlechteste Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen zuzuteilen. Dazu kommt ihre rechtliche Lage als Ausländer. Wenn sie keine Arbeit haben, werden sie abgeschoben und in der Türkei wartet das Elend der Massenarbeitslosigkeit auf sie. Die Drohung, sie nach Hause zu schicken, wenn sie dies oder das nicht machen, oder mit diesem oder jenem nicht einverstanden sind, ist demnach schon zu einem geflügelten Wort in der Semperit geworden.

Als zusätzliches Problem für die ausländischen Kollegen stellt sich noch die Wohnungsfrage. Wir haben im KLASSENKAMPF schon einmal berichtet, daß die Kollegen für die schlechtesten Löcher, wahre Ställe, enorme Mieten bezahlen müssen (bis zu 2.000 Schilling). Angesichts der Lage, daß sie sowieso kaum eine Wohnung bekommen, müssen sie dann jede Bedingung annehmen, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben.

Weil die ausländischen Kollegen natürlich Teil der österreichischen Arbeiterklasse sind, ja weil sie der entrechtetste und der am meisten hinuntergedrückte Teil sind, müßte sich die Gewerkschaft um sie in besonderer Weise kümmern. Die Rechtlosigkeit eines Teils der Arbeiterklasse hat immer Auswirkungen auch auf den anderen Teil. Dafür ist die Semperit auch ein beredtes Beispiel. Denn die Tatsache, daß es den Kapitalisten gelungen ist, den Lohn bei den Ausländern zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hat das Lohnniveau des gesamten Betriebes gesenkt und die Angriffe auch auf Abteilungen, in denen kaum Ausländer arbeiten, verstärkt. Deshalb hat die Firmenleitung auch ein Interesse an der chauvinistischen Hetze, von der letzten Endes nur sie profitiert. Aufgabe der Gewerkschaft wäre es, zu verhindern daß der Arbeiterschutz bei den ausländischen Kollegen durchbrochen wird, Möglichkeiten zu organisieren, daß sie die deutsche Sprache erlernen können, ihnen bei der Suche der Wohnung zu unterstützen usw. Aber die Gewerkschaft macht nichts desgleichen. Nicht einmal einen Dolmetsch hat sie noch organisieren können!

Die Zelle Semperit schreibt in ihrer Betriebszeitung auch türkische Artikel, damit auch die türkischen Kollegen informiert werden und mit den anderen gemeinsam Schritte gegen die Steigerung der Ausbeutung unternehmen können. Das hat großen Anklang bei den türkischen Arbeitern gefunden. Zusätzlich hat die Zelle einen Deutschkurs für türkische Kollegen organisiert, weil die Kollegen auch die Sprache des Landes verstehen können müssen, wollen sie sich dort am Klassenkampf beteiligen. Mit den Kollegen diskutieren wir auch die politischen Fragen und die Taktik.

Das alles müßte eigentlich die Gewerkschaft selbstverständlich längst machen. (Zelle Semperit)

Leserbrief:

Türkische und österreichische Arbeiter gemeinsam

In der Semperit gibt es immer mehr ausländische Arbeiter, auch aus der Türkei. Wenn sie nach Österreich kommen, ist die Sprache für sie ein großes Problem. Die Kapitalisten behandeln die ausländischen Arbeiter als Menschen 3.Klasse.

Das gibt es nicht nur in der Semperit, sondern in ganz Österreich. Die ausländischen Arbeiter haben keine Rechte in Österreich, sie werden besonders ausgebeutet. Die rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter nützt den Kapitalisten. Es ist notwendig, daß die österreichischen und ausländischen Arbeiter gemeinsam kämpfen. Dazu brauchen die ausländischen Kollegen die gleichen Rechte wie die österreichischen Arbeiter.

Fängt ein ausländischer Kollege bei der Semperit an, dann weiß er nichts über die Lage im Betrieb. Er wird vom Betriebsrat nicht darüber aufgeklärt.

Er muß zuerst zu einer Kontrolle zum Betriebsarzt. Dort wird er genau untersucht (Augen, Ohren, Lunge usw.). Wenn er nicht ganz gesund ist, kann er gleich wieder gehen.

Nach der Untersuchung muß er 15 bis 20 Tage warten - ohne Lohn - bis er zum Arbeiten anfangen kann. Wenn er in die Abteilung kommt, wird ihm die Maschine gezeigt, an der er arbeiten wird. Dann geht der Chef mit ihm ins Büro. Dort zeigt der Chef ihm ein Buch, in dem lauter Lügen drinnenstehen. Für eine bestimmte Arbeit, so liest der ausländische Kollege dort, soll er z.B. 60,- brutto in der Stunde bekommen. In Wahrheit bekommt er dann aber weit weniger.

Am Monatsende ist der Kollege über den niedrigen Lohn sehr enttäuscht, aber er findet sich damit ab, kuscht, und arbeitet weiter.

Dieser Arbeiter denkt sich: Jetzt habe ich so lange auf Arbeit gewartet, brauche dringend Geld, um es Frau und Kindern in die Türkei zu schicken - jetzt kann ich nicht kündigen und eine neue Arbeit suchen oder mich aufregen und höheren Lohn fordern, weil sonst fliege ich gleich raus. Es ist ein menschliches Problem für den Arbeiter.

Wir wissen und wir sehen genau, daß heute die österreichischen und ausländischen Arbeiter nicht gut zusammenhalten. Für die Kapitalisten ist es ein Nutzen, wenn die Arbeiter gegeneinander sind. Sie können durch verstärkte Ausbeutung mehr Profite machen, neue Maschinen kaufen, Abteilungen aufmachen - also ihr Kapital schneller vermehren.

Türkische und österreichische Arbeiter müssen zusammenhalten und gemeinsam kämpfen - hier bei der Semperit und auch in anderen Fabriken.

Leserbrief eines türkischen Semperit - Arbeiters

Die Haltung des KB zur Minderheitenfrage

Der nachfolgende Artikel behandelt das Problem der Kärntner Slowenen, ohne auf das Auf und Ab der Tagespolitik einzugehen. Gerade das ist heutzutage wichtig. Wieder einmal versucht die Regierung des österreichischen Staates nämlich die Slowenen zu täuschen und die Germanisierungs- und Assimilierungspolitik auf "gewaltlose" und stille Art weiterzuführen. Betrachtet man aber den Kern des Problems und die Ziele der imperialistischen österreichischen Bourgeoisie, dann wird sofort klar, daß die Regierung Kreisky nur das jahrzehntelang konsequent betriebene chauvinistische Werk fortsetzt. Der stille Chauvinismus, der sich "verständigungsbereit" zeigt, ohne freilich den Slowenen auch nur an einen einzigen Punkt mehr nationale Rechte einzuräumen, ja im Gegenteil diese Rechte einschränkt, ist viel gefährlicher als der offene eines KHD. Entscheidend ist vor allem, an den Zielen des Kampfes der slowenischen Minderheit festzuhalten, wie sie auch in den diesbezüglichen Forderungen des Programms des Kommunistischen Bundes Österreichs zum Ausdruck kommen. Diese Forderungen folgen aus der Analyse des eigentlichen historischen Inhalts des Problems der Kärntner Slowenen und aus der Verbindung des Kampfes für das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen mit dem Kampf um die proletarische Revolution in Österreich.

Das Problem der Kärntner Slowenen besteht darin, daß heute nach wie vor die Politik der Unterdrückung der Slowenen, die auf deren Auslöschung als Nationalität auf österreichischem Territorium gerichtet ist, fortgesetzt wird. Das ist kein geschichtlicher Zufall und die Politik der herrschenden Klasse ist nicht eine mögliche Politik neben anderen. Es handelt sich vielmehr um die Fortsetzung einer Politik der gewaltsamen Zurückdrängung der slawischen Besiedlung und Assimilation, sowie der ökonomischen und politischen Unterwerfung östlicher und vor allem südöstlicher Gebiete des heutigen österreichischen Staatsgebiets, insbesondere Kärntens, dann aber auch des Gebietes des heutigen Slowenien insgesamt und Friauls. Der deutsch-österreichische Imperialismus verweigerte den Slowenen die Bildung eines eigenständigen Nationalstaats und betrieb vielmehr die Zerstückelung der slowenischen Nation. Dazu kam – in Fortsetzung einer jahrhundertealten Tradition der Germanisierung und der Kolonisation in Richtung Südosten – seit der Jahrhundertwende die planmäßige Erschließung Südkärntens und Sloweniens, die mit der Germanisierung dieser Gebiete untrennbar verbunden war. Nach der Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie setzten die imperialistischen Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich diese Politik fort und verweigerten der slowenischen Nation weiterhin das Recht auf Selbstbestimmung. Im Gegenteil wurde diese auf vier Staaten (Österreich, Italien, Serbien, Ungarn) aufgeteilt. Die Herrschaft über Südkärnten wurde wieder der österreichischen Finanzbourgeoisie zugesprochen und diese Tatsache wurde durch die Volksabstimmung von 1920 besiegelt. In der Zwischenkriegszeit wurde die alte Politik konsequent fortgesetzt, ebenso vom Hitlerfaschismus, unter dem die Politik "Macht mir dieses Land deutsch!" (Hitler) besonders brutale Formen annahm. Der siegreiche Volksbefreiungskrieg gegen den Hitlerfaschismus während des Zweiten Weltkriegs durchkreuzte diese Politik schwer, denn es gelang große Teile der slowenischen Nation in einem befreiten slowenischen Staat im Rahmen der jugoslawischen Föderation zusammenzufassen. Der Volksbefreiungskrieg erfaßte auch die auf österreichischem Territorium lebenden Slowenen und so war nichts natürlicher, als zu Ende des Zweiten Weltkriegs die Eingliederung der slowenischen Teile Südkärntens in den neu geschaffenen slowenischen Volksstaat zu fordern. Südkärnten lag aber nicht nur, wie der Spezialist der englischen Besatzungsmacht für die Slowenenfrage, Sharp, sagte, "am Kreuzungspunkt zwischen Großdeutschland und dem Großslawentum", sondern auch am Kreuzungspunkt zwischen Imperialismus und Volksdemokratie. Mit allen Mitteln trachteten die westlichen Imperialisten im Verein mit der österreichischen Bourgeoisie eine demokratische Lösung der Slowenenfrage durch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der slowenischen Nation zu verhindern. Daß ihr dies gelang, stellt einen Erfolg für den Imperialismus dar, wenn er auch alles in allem die Herausbildung und Emanzipation der slowenischen Nation und die Bildung eines souveränen und freien slowenischen Nationalstaates nicht verhindern konnte und insofern seine Bestrebungen historisch scheiterten. Umso dringender war jedoch andererseits unter diesen Umständen, die Germanisierung Südkärntens zu Ende zu führen, das slawische Element zu vernichten und dadurch Grundlagen zu schaffen, um dieses Gebiet ein für allemal dem österreichischen Staat einzuverleiben. Diese Politik ist – abgesehen von einem kurzen Zeitraum unmittelbar nach Kriegsende, als sie durch den siegreichen Volksbefreiungskrieg der Slowenen und die Zerschlagung des Hitlerfaschismus einen schweren Schlag erhalten hatte – seither zielstrebig betrieben worden. Insbesondere nach 1945 führte die verstärkte Eingliederung Südkärntens in den österreichischen Kapitalismus zur Zerstörung der traditionellen bäuerlichen Struktur des Gebietes. Die relativ abgeschlossenen alten Agrarverhältnisse, die eine naturwüchsige Schranke gegen die Germanisierungspolitik dargestellt hatten, wurden zunehmend eingerissen. Dem entsprach aber keinesfalls eine eigenständige industrielle Entwicklung. Im Gegenteil gingen Raubbau am Holz und Zerstörung der Agrarwirtschaft Hand in Hand mit industrieller Unterentwicklung, bewußter industrieller Aushungerung des Gebietes, Massenauswanderung, Auspendeln Tausender und Abertausender. Unter diesen Umständen führte die Fortsetzung der Politik der nationalen Unterdrückung rasch – und im Unterschied zur Zwischenkriegszeit – auch zur nationalen Zersetzung der Slowenen. Der gerade erst proletarisierte Arbeiter und ruinierte Bauer, der in "deutsche" Gebiete auspendeln muß und sozusagen entwurzelt ist, leistet nicht naturwüchsig den selben Widerstand gegen die Germanisierung, wie die Generation vor ihm. Die Assimilierungspolitik machte rasche Fortschritte und so hat Südkärnten in den letzten Jahrzehnten sein Gesicht beträchtlich gewandelt. Es ist heute kein geschlossenes slowenisches Gebiet mehr, sondern ein national gemischtes Gebiet. Von den 120.000 Einwohnern dieses Raumes leben etwa 70.000 in stärker slowenisch besiedelten Teilen. Nach wie vor gibt es auch überwiegend slowenische Ortschaften und Gemeinden, vor allem im Osten und Südosten dieses Gebiets.

FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER SLOWENISCHEN NATIONALITÄT!

Unter diesen Umständen stellt sich die Frage des Selbstbestimmungsrechts der slowenischen Nationalität neu. 1945 – im Gefolge und als Konsequenz des neuen Zusammenschlusses der ganzen slowenischen Nation im antifaschistischen Kampf – konnte die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Nation nur in der Lostrennung Südkärntens vom österreichischen Staat und im Anschluß an den Staat der slowenischen Mutternation bestehen. Dies zu unterstützen war die Aufgabe jedes Revolutionärs – obwohl die KPÖ "jeden Fußbreit unseres Heimatbodens" erbittert gegen "die Jugos" verteidigte und so wie alles reaktionäre Gesindel die Karawankengrenze als "natürliche Grenze" zu verewigen trachtete. Heute – nach jahrzehntelanger erfolgreicher Assimilierung – ist die Frage der Lostrennung Südkärntens und seines Anschlusses an Jugoslawien keine aktuelle Frage mehr. Dies wird auch von den Slowenen selbst nicht gefordert, was jedoch nicht bedeutet, daß sich diese Situation nie wieder ändern kann. Sicherlich lassen sich die ökonomischen und sozialen Entwicklungen, die zur Zersetzung der slowenischen Nationalität geführt haben, nicht wieder rückgängig machen, jedoch kann sich etwa im Gefolge eines neuerlichen Hand in Hand mit den jugoslawischen Volksbefreiungsstreitkräften geführten nationalen Befreiungskrieges der Kärntner Slowenen gegen eine sowjetische Aggression, die Frage dennoch politisch neu stellen.

In jeder Situation aber gehen wir Kommunisten vom Selbstbestimmungsrecht der Nation aus. Angesichts der konkreten Verhältnisse in Südkärnten, wie sie seit 1945 entstanden sind, kann es gegenwärtig nicht nur nicht um Lostrennung, sondern auch nicht um die Heraushebung geschlossener Gebiete aus dem österreichischen Staatsgefüge und die Verwirklichung der nationalen Autonomie gehen. Auch um die Bildung besonderer autonomer Gebietskörperschaften geht es nicht. Worum es geht, ist, daß im Rahmen des österreichischen Staatsgefüges bzw. im Rahmen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes zur Zerschlagung dieses Staates die volle Gleichberechtigung der Slowenen durchgesetzt wird. Es geht um die Gleichberechtigung der beiden Völker bzw. Nationen, die in diesem Gebiet leben. Darauf zielen die Forderungen ab, die der Kommunistische Bund Österreichs in seinem Programm erhebt!

- Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten sowie im Bundesheer; im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.
- Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens; Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.
- Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.
- Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.
- Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten.

FÜR DEN ZUSAMMENSCHLUSS DER ARBEITER UND DER VÖLKER BEIDER NATIONALITÄTEN

Erfolgreicher Kampf um diese Forderungen versetzt dem reaktionären unterdrückerischen Staatsapparat der herrschenden Klasse schwere Schläge. Die nationale Unterdrückung entspricht dem auch sonst vollständig auf Volksunterdrückung aufgebauten und auch auf diesen Zweck gerichteten Gesamtcharakter der Staatsmacht. So wie den unterdrückten Nationalitäten nationale Rechte vorenthalten werden, so werden den Volksmassen insgesamt demokratische Rechte vorenthalten. Ohne Kampf um Demokratie, der abzielt auf die schließliche Zerschlagung des bürgerlichen Staates, gibt es keinen Weg zur Revolution. Ohne Kampf um die nationalen Rechte der Minderheiten gibt es keinen Kampf um Demokratie. Die herrschende Klasse ist interessiert an der durch die nationale Unterdrückung noch verstärkten Niederhaltung und politischen Entmündigung der nationalen Minderheiten, die Arbeiterklasse ist umgekehrt daran interessiert, daß sich die Minderheiten frei entwickeln und am Klassenkampf teilnehmen können. Die herrschenden Klasse ist interessiert an der Spaltung der Volksmassen entlang nationaler Grenzen, die Arbeiterklasse aber braucht umgekehrt die Beseitigung der Spaltung der österreichischen und der slowenischen Arbeiter, überhaupt der beiden Völker im Klassenkampf. Die herrschende Klasse ist interessiert an der chauvinistischen Verhetzung des Volkes, die Arbeiterklasse ist umgekehrt an der Unschädlichmachung des chauvinistischen Gifts interessiert. Ohne den Chauvinismus und die nationale Spaltung zu bekämpfen und im Kampf zu überwinden, ohne den Zusammenschluß der Arbeiter- und Volksmassen beide Nationalitäten, kann die Arbeiterklasse ihre volle ideologische und politische Selbständigkeit nicht erreichen.

Ein Blick auf das tagtägliche Geschehen in Südkärnten zeigt, wie übel sich die nationale Unterdrückung für den Klassenkampf auswirkt. Österreichische Arbeiter lassen sich gegen ihre slowenischen Klassenbrüder aufhetzen und werden im "Kampf gegen die slowenische Gefahr" zu Werkzeugen der herrschenden Klasse. Slowenischen Arbeitern, muß in ihren österreichischen Klassenbrüdern ein Gegner erscheinen und sie sehen sich durch die chauvinistischen Extremisten vom Schlag des "Kärntner Heimatdienstes", die ja nur Mobilgarden der Staatsmacht sind, bedroht, statt von dieser Staatsmacht selbst. Die nationale Unterdrückung erscheint als Wurzel des Übels, obwohl die Herrschaft des Kapitalismus und Imperialismus das wirkliche Übel ist. Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit der Arbeiter beider Nationalitäten wird erschwert, weil die slowenischen Arbeiter im ÖGB aufgrund der zutiefst chauvinistischen Politik von dessen Führung vor allem eine chauvinistische Organisation und Einrichtung sehen. Ständiger nationaler Druck schwächt die Slowenen und drückt sie zu Boden.

Einheit und Selbständigkeit kann die Arbeiterklasse und kann das Volk beider Nationalitäten nicht erreichen ohne erfolgreichen Kampf für die nationale Gleichberechtigung der Slowenen. Die Programmforderungen des Kommunistischen Bundes Österreichs zielen auf diese Gleichberechtigung, aber sie zielen noch auf etwas anderes: auf die freie Entfaltung der slowenischen Nationalität, auf ihren politischen Aufstieg, auf einen Aufschwung ihrer Sprache und Kultur. Das wird das gesellschaftliche Leben in Österreich entschieden bereichern und die Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten und Kräfte der Massen nachhaltig vorantreiben. Eine Forderung z.B. nach vollständiger Zweisprachigkeit des Unterrichts im gesamten gemischtnationalen Gebiet entspräche nicht den heutigen Gegebenheiten, jedoch die Forderung nach obligatorischer Unterweisung aller Kinder, gleichgültig ob Angehörige der österreichischen oder der slowenischen Nationalität in slowenischer Sprache ist unabdingbar in dieser Richtung. Ohne gegenseitige Kenntnis der Sprache, einen tatsächlichen praktischen Zusammenschluß der Massen beider Nationalitäten in Südkärnten überhaupt nicht zu denken. Nur durch die Verwirklichung aller dieser Forderungen kann die tatsächliche Gleichberechtigung beider Nationalitäten erreicht werden.

OHNE KAMPF UM NATIONALE GLEICHBERECHTIGUNG KEIN WEG ZUR REVOLUTION, OHNE REVOLUTION KEINE VOLLSTÄNDIGE NATIONALE GLEICHBERECHTIGUNG

Dabei ist klar, daß diese Forderung in einem gewissen Maß auch unter dem kapitalistischen Regime, das dadurch freilich untergraben würde, verwirklicht werden können, vollständig jedoch erst nach dem Sturz der herrschenden Klasse und nach der Errichtung einer neuen Staatsmacht der Arbeiterklasse. Der Kampf der nationalen Minderheiten um ihre Rechte richtet sich gegen die herrschende Staatsmacht und ist objektiv Teil des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie. Er hat entweder die Perspektive, diese Klasse zu stürzen, oder er hat keine Perspektive. Wie sollte diese reaktionäre Klasse, die seit Jahrzehnten den Kampf gegen alles Slowenische auf ihre Fahnen geschrieben hat, plötzlich zum demokratischen Lämmchen werden? In dem Maß, in dem der Kampf der nationalen Minderheiten diese Perspektive gewinnt, d.h. in dem sich die revolutionären Kräfte der unterdrückten Nationalität entwickeln und der Aufbau einer neuen revolutionären Arbeiterpartei unter den Arbeitern und Bauern dieser Nationalität Fortschritte macht, wird dieser Kampf erst wirkliche Kraft gewinnen. Ob die slowenische Nationalität Fortschritte in ihrem Kampf erzielen kann, hängt weiters davon ab, wie sich der Klassenkampf der gesamten Arbeiterklasse entwickelt und in welchem Maß die gesamte Arbeiterklasse den Kampf um die nationalen Rechte der Slowenen und gegen den Chauvinismus und die Germanisierungs- und Assimilierungspolitik führt. Die Forderungen nach nationalen Rechten der Slowenen gewinnen ihre eigentliche Sprengkraft erst im Zusammenhang mit den anderen revolutionär-demokratischen Forderungen unseres Programms, also z.B. der Kampf um Zweisprachigkeit an den Schulen im Zusammenhang mit dem Kampf für die Verwirklichung der Volkssouveränität im Volksbildungswesen. Erst eine Revolutionierung des Volksbildungswesens insgesamt wird auch die Diskreminierung der Slowenen restlos austilgen. Erst die Errichtung einer neuen revolutionär-demokratischen Staatsmacht durch die siegreiche Arbeiterklasse wird die Gleichberechtigung der Nationalitäten vollständig verwirklichen. Ohne konsequenten Kampf um die nationalen Rechte der Slowenen gibt es keinen Weg zur proletarischen Revolution, ohne proletarische Revolution gibt es keine wirkliche Gleichberechtigung der Nationalitäten und Austilgung von Diskriminierung und Chauvinismus. (wl)

Den Krieg beenden, die Konflikte friedlich lösen!

Irakische Truppen haben der iranischen Provinz Khusistan besetzt und sind auch an anderen Stellen weiter im Norden in den Iran vorgedrungen. Jedoch ist ihnen die Eroberung der drei Städte Ahwar, Khorramshar und Abadan nicht gelungen, ohne die aber eine strategische Kontrolle des Gebietes von Khusistan nicht möglich ist. Der Iran meldet, daß die Belagerungsringe um die Städte gesprengt worden seien, eine Gegenoffensive begonnen habe und sich die irakischen Truppen auf dem Rückzug befänden. In Khusistanwurde die Generalmobilmachung angeordnet. Alles deutet darauf hin, daß die irakische Offensive sich festgefahren hat. Der Irak hat unterdessen erklärt, seine militärischen Ziele seien erreicht und er werde sich ab jetzt auf die Sicherung des Erreichten beschränken. Vorher bereits hatte der Irak für 5.-8. Oktober einen Waffenstillstand angeboten, den der Iran jedoch ablehnte: der Iran sehe dafür gar keine Veranlassung und werde weiterkämpfen, bis die irakischen Truppen aus dem Land vertrieben und die Grenze erreicht sei. Internationale Vermittlungsversuche, vor allem der des pakistanischen Staatschefs Zia Ul-Haq im Auftrag der islamischen Staaten, hatten kein sichtbares Ergebnis. Beide Länder, Irak und Iran, haben die Supermächte vor jeder Art von Eingriffen gewarnt. Sowohl die französischen als auch die irakischen Behörden vermuten, daß der Bombenangriff auf das Kernforschungszentrum nahe Bagdad nicht vom Iran (der es auch dementiert hat), sondern von Israel geflogen worden sei, um das irakische Nuklearprogramm zu treffen. So ist die militärische Lage am Samstag, 4. Oktober, soweit sie bekannt ist. Eine militärstrategische Analyse kann man mit den vorhandenen Unterlagen nicht durchführen. Alle Spekulationen, daß sich der Krieg einfach wegen Munitions- und Ersatzteilmangel nach wenigen Tagen erschöpfen müsse, haben sich bereits als Unsinn herausgestellt. Beide Staaten haben bisher nur einen kleinen Teil ihrer verfügbaren militärischen Kräfte mobilisiert und zum Einsatz gebracht. Der Krieg kann sich in die Länge ziehen.

DER KRIEG SCHADET BEIDEN SEITEN

Entscheidend für die Beurteilung dieses Kriegs ist nicht, wer der Angreifer und wer der Angegriffene ist, auch nicht, wessen Truppen zum gegenwärtigen Zeitpunkt wo stehen, sondern der politische Gesamtcharakter des Krieges. Die Konflikte zwischen Irak und Iran haben eine lange Geschichte. Sie gehen auf die imperialistische Beherrschung dieser Region und auf die spätere willkürliche imperialistische Grenzziehung zurück, als die beiden Staaten ihre Unabhängigkeit erkämpften. Viele Konflikte zwischen Ländern der Dritten Welt gehen auf solche Gründe zurück, und das war ja auch stets der Zweck der Imperialisten. Zuletzt gab es vor 1975 heftige militärische Auseinandersetzungen zwischen Irak und Iran, ebenfalls am Schatt el Arab. Auch betrieb der Iran unter dem Schahregime Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak, indem er die aufständischen Kurden unterstützte. Das Abkommen von Algier 1975 führte zur Normalisierung und zum Frieden zwischen beiden Ländern. Der Iran stellte die Infiltration vermittels der Kurden ein, die Grenze wurde in die Mitte des Schatt el Arab verlegt, der zuvor zur Gänze unter irakischer Hoheit war. Das Abkommen von Algier war ein Fortschritt, weil es der Subversion und Einmischung der beiden Supermächte einen Riegel vorschob. Andererseits war es unter iranischem Druck auf den Irak zustandegekommen, der vor allem einmal den inneren Bürgerkrieg beenden mußte. Offensichtlich hat das Abkommen die strittigen Fragen nicht entsprechend gelöst und nicht gehalten. In den letzten Monaten ist es Zug um Zug zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gekommen und jetzt zum offenen Krieg. Der Krieg schadet beiden Seiten in jeder Hinsicht, ökonomisch, politisch und militärisch. Es handelt sich um einen Krieg zwischen zwei Ländern der Dritten Welt, der ausschließlich den Plänen des Sozialimperialismus dienen kann. Für beide kriegführenden Seiten ist der sojwetische Sozialimperialismus die Hauptbedrohung, gegen die Einheit und Zusammenschluß nötig wäre. Es handelt sich nicht um einen Krieg, der auf der einen Seite ein imperialistischer, von der anderen ein Befreiungskrieg, von der einen Seite ein ungerechter, von der anderen Seite ein gerechter Krieg wäre. Der Irak ist militärisch gesehen der Angreifer, aber der Irak handelt nicht im Dienst einer Supermacht und verfolgt auch keine regionalhegemonistischen Ambitionen - was beides ohnehin untrennbar miteinander verbunden wäre. Die Kriegsziele des Irak beziehen sich auf die Kontrolle über den Schatt el Arab und auf drei Inseln im Golfgebiet; ob er weitergehende territoriale Ansprüche bezüglich der arabisch besiedelten iranischen Provinz Khusistan hat, ist nicht bekannt. Der Iran will die irakischen Truppen wieder aus dem Land werfen und ansonsten den Status quo erhalten.

Zieht man den politischen Gesamtcharakter des Kriegs in Betracht, dann kann die Arbeiterklasse in diesem Krieg nicht Partei ergreifen. Wir sind für die sofortige Beendigung des Krieges, für einen Waffenstillstand verbunden mit dem Abzug der irakischen Truppen aus dem Iran und der Einstellung der gegenseitigen Bombardements sowie für die friedliche Beilegung des Konfliktes auf dem Verhandlungsweg. Sicherlich würden solche Verhandlungen auch die Überprüfung des Vertrags von 1975 mit einschließen müssen.

DIE POLITIK DER SUPERMÄCHTE

Die Sowjetunion hat sich eindeutig auf die Seite des Iran gestellt. Aus dem Irak hinausgeworfen, setzt sie jetzt vor allem darauf, den Krieg zu nutzen, um im Iran mehr Fuß zu fassen. Die immer lauter werdende sowjetische Propaganda gegen eine "drohende militärische Einmischung der USA" bereitet den Boden für eine allfällige offene Einmischung der Sowjetunion selbst. Die Sowjetunion hat sich Syrien unterworfen, versucht, im Irak einen neuen Bürgerkrieg anzufachen, massiert ihre Truppen an der Grenze zur Türkei, versucht, sich die PLO zu unterwerfen, setzt ihre Hetze und Subversion gegenüber dem Irak fort und auch die Subversion und Infiltration im Iran. Das schafft eine äußerst gefährliche Lage in dieser ganzen Region. Der Krieg zwischen Irak und Iran trägt nachhaltig zur weiteren Destabilisierung der Lage bei. Für die Sowjetunion verbessert das die Infiltrationsmöglichkeiten. Durch alle diese Entwicklungen gewinnt der Nahe Osten eine neue strategische Bedeutung für den sowjetischen Expansionismus.

Der US-Imperialismus hat ebenso wie die Sowjetunion einige Flotteneinheiten am Golf stehen und versichert, er würde damit die Ölversorgung durch die Straße von Hormuz, wenn nötig, sichern. Jedoch hat der Iran, gegen den sich das richtete, eine "Garantieerklärung" für die Offenhaltung dieser Meerenge abgegeben und damit den amerikanischen Manövern den Boden entzogen. Die iranische Nachrichtenagentur erklärte, damit wolle man jeden Vorwand für eine allfällige äußere Einmischung unter dem Vorwand der Sorge um die Ölversorgung beseitigen.

Was den Krieg zwischen Irak und Iran selbst betrifft, hat der US-Imperialismus unmittelbar praktisch keine Einmischungsmöglichkeiten. Im Iran sowieso nicht, und der Versuch, sich dem Irak als "Helfer" anzubiedern, hätte keine Aussicht auf Erfolg. Ein neues Iran-Abenteuer zur "Geiselbefreiung" ist anscheinend nicht geplant; es würde auch genauso unrühmlich enden wie das erste. Beide Länder, Irak und Iran, haben - obwohl der Krieg diese Absichten untergräbt - ihre Ablehnung des Hegemonismus beider Supermächte bekräftigt. Von den tatsächlichen Interessen her sind die USA zweifellos nicht an diesem Krieg interessiert, die Sowjetunion jedoch - ungeachtet ihrer Friedensheuchelei - brennend.

Die österreichischen Massenmedien ergreifen nicht offen Partei, wenn es auch interessanterweise ganz unterschiedliche Schattierungen gibt. Die "Presse" betreibt eher unterschwellige Propaganda gegen den Irak, die "Kronenzeitung" hingegen nutzt die Angelegenheit, um die traditionelle Hetze gegen den islamischen Iran zu eskalieren. Kreisky hat seinen gegenwärtigen Besuch in Amman genutzt, um zu erklären, die Kriegsziele des Irak seien "weiterreichend als man glaubt" und er wolle "die Ölfelder Khusistans". Ansonsten sieht er die Zukunft des Nahen Ostens eher düster.

Es wäre besser, die Bemühungen vieler Länder der Dritten Welt, darunter auch der unmittelbar an die Region angrenzenden Türkei, zur Beendigung des Krieges zu unterstützen, als "Resignation" über die Entwicklung im Nahen Osten zu heucheln und de facto propagandistisch Partei zu ergreifen. (wl)

Warnstreik der polnischen Arbeiter

„Solidarität heute - Erfolg morgen!"

Am Freitag, den 3. Oktober, fand ein landesweiter einstündiger Streik statt, den die neue selbständige Gewerkschaft "Solidarität" organisierte, um zu unterstreichen, daß die Arbeiter auf der strikten Erfüllung der Vereinbarungen bezüglich Lohnerhöhungen und demokratischer Rechte bestehen, die die Regierung verzögert.

DER WARNSTREIK AM 3. Oktober

Nachdem am 1. Oktober die Gespräche zwischen Vertretern der neuen polnischen Gewerkschaft "Solidarität" und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski ergebnislos verlaufen waren, nachdem die Regierung keinerlei konkrete Zusagen machte, wann sie endlich die Vereinbarung von Gdansk befolgen und die Lohnerhöhungen sowie die Gewährung von Informationsfreiheit von Worten in die Tat umsetzen will, nachdem weiterhin der Aufbau der selbständigen Gewerkschaftsbewegung behindert wird, hat die "Solidarität" kurzfristig zu einem einstündigen Warnstreik im ganzen Land aufgerufen.

Nach einem genauen Plan wurden in allen Landesteilen bestimmte Abteilungen, bestimmte Werke von 12 bis 13 Uhr bestreikt, in anderen ging die Arbeit weiter, und es wurden polnische Flaggen zum Zeichen der Solidarität gehißt. Das Ziel des Streiks war es nicht, die Wirtschaft des Landes eine Stunde lahmzulegen, sondern die Macht und die Geschlossenheit der neuen Gewerkschaftsbewegung zu zeigen. In Warschau waren es sechs Großbetriebe, die Autobus- und Taxifahrer, in Lodz der öffentliche Verkehr, in Gdansk die gesamte Arbeiterschaft, die der Regierung sagten: "Gebt uns die vereinbarten Lohnerhöhungen, laßt uns endlich Zutritt zu den Medien, behindert nicht weiter den Aufbau der Gewerkschaft!" Denn tatsächlich werden weiterhin Arbeiter eingeschüchtert, die der neuen Gewerkschaft beitreten wollen; sie werden als "antisozialistische Elemente" denunziert. Weiterhin versucht die revisionistische Partei, ihre Spitzel in die "Solidarität" einzuschleusen, weiterhin gibt es eine Menge Behinderungen beim Zugang zu den Medien und ist von einer Pressefreiheit gar nicht zu reden.

Die Arbeiter der Bauindustrie, die zu 90% in der "Solidarität" organisiert sind, drohen mit Streik, falls nicht endlich ihre Lohnforderungen erfüllt werden. Die Regierung hatte zuvor nur die Hälfte geboten. Ebenso warten weitere 8 Millionen (von 12 Millionen) polnische Arbeiter auf die vereinbarten Lohnerhöhungen von durchschnittlich 650 Zloty.

Mehr als drei Viertel der polnischen Arbeiter haben bereits die alten Staatsgewerkschaften verlassen und sich in der "Solidarität" organisiert: geschlossen die Gewerkschaftsverbände im Kohlenbergbau, der Kohleverarbeitung, Metallurgie, E-Wirtschaft, im Maschinenbau, in Montage und Konstruktion, in der Nahrungsmittelindustrie, im Binnenhandel, Transport, der Handelsmarine, im öffentlichen Verkehr, Radio und TV-Anstalten, im Bereich der Erziehung usw.

Im Aufruf für den Warnstreik wird die Regierung aufgefordert, öffentlich im Fernsehen und Rundfunk verbindliche Zusagen zu machen zur Einhaltung der Vereinbarungen von Gdansk. Ansonsten werde die "Solidarität" einen achtstündigen Generalstreik für den 20. Oktober ins Auge fassen.

DIE POLNISCHE REGIERUNG HETZT

Regierungssprecher Vizepremier Barcikowskis Formulierung, warum die Vereinbarungen noch immer nicht erfüllt sind, ist seit Wochen immer dieselbe: "Das Problem ist nicht leicht und hängt nicht allein vom guten Willen der Regierung ab." Das Politbüro der revisionistischen Partei präzisierte die Verluste der Zeit seit Beginn der Streikwelle im Sommer: 2,8 Millionen Tonnen Kohle, 110.000 t Erz, 135.000 t Eisen fehlen. Offenbar geht es der Regierung darum, die Arbeiter für die Verluste aufkommen zu lassen, nach der Logik: Ihr habt gestreikt, jetzt müßt ihr mit mehr Arbeit die Verluste wieder wettmachen, sonst haben wir kein Geld, die Lohnerhöhungen auszuzahlen. Mehr noch als die "Unkosten der Streiks" (Barcikowski: "Milliarden Zloty") hat die Partei allerdings Angst davor, daß auch die politischen Forderungen im Kampf durchgesetzt werden und damit die Herrschaft der neuen Bourgeoisie stark untergraben wird. Daher die Hetze Barcikowskis: "Vielleicht trachtet die Führung der "Solidarität" danach, die sozialen Spannungen aufrecht zu erhalten und uns ins Chaos zu stürzen, was gefährlich für das Land und für das Volk ist, für den inneren Frieden und das Sicherheitsgefühl." Nach Meinung der Regierung seien die Gewerkschaften durch ihre Propaganda über die Vereinbarungen von Gdansk hinausgegangen. Information ja, Mißbrauch des Streikrechts für Drohung und Erpressung nein, hieß es in einer Ansprache Barcikowskis. Insbesondere der Aufruf zum Warnstreik wurde von der Regierung als "Aufruf zum Chaos" und als "Bruch der Gdansker Vereinbarungen" bezeichnet, der "schwere politische Konsequenzen" haben könnte.

Diese Hetze ist der offensichtliche Versuch der polnischen Regierung, die Flucht nach vorn anzutreten. Sie ist ökonomisch nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen, um die Forderungen der Arbeiterklasse erfüllen zu können, und sie ist politisch nicht in der Lage, die geforderten und vereinbarten politischen Rechte zu garantieren, da damit ihre Herrschaft beträchtlich untergraben wird. Sie versucht andererseits sowohl gegenüber den Arbeitern Zeit zu gewinnen, indem sie die Lohnerhöhung inoffiziell für Ende November versprochen hat, als auch die Zeit gegenüber der Sowjetunion zu gewinnen, die durch ihre Medien immer offener fordert, daß endlich Schluß gemacht werden muß mit den Streiks und den "unmäßigen Forderungen", eine Haltung, der sich die österreichische bürgerliche Presse mehr oder weniger lakaienhaft angeschlossen hat. Mit der Ankündigung, die nun öffnenden Universitäten würden eine Selbstverwaltung bekommen und der Phrase, die Intelligenz sei ihre "führende Kraft in der Erneuerung Polens", versucht die Regierung einen weiteren Gegner, die Studentenschaft, zu neutralisieren. Aber auch die Studenten werden ihre Rechte fordern und sich nicht mit Versprechungen zufrieden geben.

"SOLIDARITÄT HEUTE - ERFOLG MORGEN

So lautete die Hauptparole im Warnstreik vom 3. Oktober. Tatsächlich darf bei all den Erfolgen der polnischen Arbeiterklasse nicht übersehen werden, daß die Bedingungen, die polnische Bourgeoisie zu stürzen, die Sowjets aus dem Land zu werfen und die nationale Verteidigung gegen die Sowjetunion zu organisieren, keineswegs noch herangereift sind. Wenn in den Vereinbarungen von Gdansk steht, daß auch die neue Gewerkschaft "auf dem Boden des polnischen sozialistischen Systems" steht und den "internationalen Verpflichtungen" nachkommen werde, dann ist das gerade ein Eingeständnis der realen Kräfteverhältnisse. Das wissen die polnischen Arbeiter genau. Wenn "Trybuna Ludu" dies auch betonen und so die neue Gewerkschaft gegen die Angriffe der "Prawda" verteidigen muß, ist das sehr gut. Wenn dieselbe "Trybuna Ludu" allerdings andererseits fordert, im "Konfliktfall müsse sie (die neue Gewerkschaft) für Polens Wirtschaft, für den polnischen Staat" eintreten, dann bleibt dies reines Wunschdenken. Die polnische Arbeiterklasse sammelt ihre Kräfte und bereitet sich auf schwerere Kämpfe in der Zukunft vor. "Heute Solidarität, morgen Erfolg!" zeigt gerade, daß sie sich nicht wegen des Überlebens der angeschlagenen polnischen Wirtschaft einzuschränken gedenkt. Die polnischen Arbeiter wollen Zeit und Positionen gewinnen, um dann auch der Konfrontation mit den neuen Zaren gewachsen zu sein. (gm)

Die Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR

Seit Jahren schon ist der Irak ein Konzentrationspunkt der sowjetischen Expansion. Vertraglich bestehen ein sogenannter Freundschaftsvertrag aus dem Jahr 1972 und ein Kooperationsabkommen des Irak mit dem RGW (Juli 1975), das ihn zum Beobachter des RGW macht. 1975/76 waren auch die Höhepunkte der sowjetischen Einflußnahme im Irak. Nicht zuletzt durch das Algier-Abkommen vom März 1975 hat der Irak seine Unabhängigkeit ausbauen können. Kam das militärische Material z.B. 1972 zu 95% aus der UdSSR, so heute nur mehr zu 70%. Nichtsdestoweniger ist der Irak militärisch von der UdSSR abhängig und kann er vollständig ohne die UdSSR nur schwer Krieg führen.

Während des Kurdenkrieges hatte die UdSSR Tausende (ca. 8.000) militärische Berater im Land, flogen sowjetische Piloten die Luftangriffe und wurden die Panzerattacken von sowjetischen Generälen geleitet. Im wirtschaftlichen Bereich hat die UdSSR lang nicht mehr eine so hervorragende Stellung wie vor fünf Jahren. Der Handel des Irak vor allem mit der Dritten Welt und mit Westeuropa hat sich ausgedehnt. Aber die UdSSR ist nach wie vor aufgrund der bestehenden Kooperationsabkommen vor allem an den wichtigen Großprojekten beteiligt; zum Beispiel am Aufbau der Petrochemie (Basra, etc.) und in anderen strategisch wichtigen Bereichen der Schwerindustrie (Stahl, Maschinen, Zement). Beteiligt ist sie an mehr als sechzig Projekten. Die UdSSR konzentriert sich weniger auf die Lieferung imposanter Mengen von Waren. Ihre "technische Zusammenarbeit", "Unterstützung" bei großen Projekten, scheint in keiner Handelsstatistik auf, schafft aber zum Teil viel größere Abhängigkeit. Gerade hierin besteht nach wie vor die Stärke der sowjetischen Position.

Der Irak wiederum ist der größte Öllieferant der Sowjetunion, obwohl die irakischen Ölausfuhren vor drei Jahren leicht gesenkt wurden. Seit Mitte der 70er Jahre ist der Irak überhaupt der bedeutendste arabische Handelspartner der UdSSR, mit zum Teil einem guten Drittel des arabisch-sowjetischen Handelsvolumens.

Die Sozialimperialisten gehen seit Jahren doppelgleisig gegen den Irak vor: soweit es geht, Ausbau der Beziehungen, gleichzeitig aber Wühlarbeit zum Sturz der irakischen Regierung. Die Sozialimperialisten mischen sich über die Kurdenfrage ständig in die irakischen Angelegenheiten ein, torpedieren die Verwirklichung des Autonomiegesetzes und hetzen zu bewaffneten Aktionen auf. 1978 wurden die unglaublichsten Spionageaktivitäten der Sozialimperialisten im Präsidentenpalast aufgedeckt. Im Dezember 1978 wurden erstmals die Putschvorbereitungen einer Gruppe von KP-Offizieren aufgedeckt. Seitdem dauert eine internationale sowjetische Kampagne gegen den Irak an.

Die sowjetische Einflußnahme im Irak in den 70er Jahren hat den Irak in größere Isolation innerhalb der arabischen Staaten und der Region gebracht. Die Intensivierung der Zusammenarbeit zum Beispiel mit Saudiarabien geht einher mit dem Versuch, die Unabhängigkeit von der UdSSR wiederherzustellen. Ohne Kündigung des "Freundschaftsvertrages" und des Kooperationsabkommens mit dem RGW und dessen praktische Ersetzung wird dies jedoch nicht möglich sein. (hl)

Kampuchea-Sammlung:
Zweite Etappe angelaufen



Am 1. Oktober hat die zweite Etappe der Spendensammlung für den Befreiungskampf in Kampuchea begonnen, in der bis Jänner 1981 eine weitere Viertelmillion für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea aufgebracht werden soll. In Wien wurden bei zwei Ständen knapp 600,- Schilling gesammelt. Die Spenden bewegten sich in der Höhe zwischen 5 und 20 Schilling. Ein Arbeiter spendete einen Fünfziger. Auf unserem Bild: ein Stand in der Meidlinger Fußgängerzone.

Streik der Westberliner Reichsbahnarbeiter nach zehn Tagen niedergerungen

Am 17.9. traten die 3.000 Westberliner Beschäftigten der von der DDR-Reichsbahn in Ost- wie in West-Berlin betriebenen S-Bahn in den Streik, nachdem innerhalb von zwei Tagen 60 Kündigungen ausgesprochen worden waren. Seit längerem bereits hatte sich der Unmut über den gegenüber westdeutschem Standard um 25-30% niedrigeren Lohn, die rechtlose Lage und die Rationalisierung aufgestaut. Die Arbeiter wählten ein Streikkomitee, das folgende Forderungen erhob:

- Einstellung aller entlassenen Arbeiter
- Angleichung der Löhne an die der westdeutschen Bundesbahn (für einen S-Bahn-Triebwagenführer, der derzeit zwischen 1.640,- und 1.800,- DM brutto (12.600,- Schilling) verdient, wären das 400,- bis 600,- DM (ca. 3.000 S) mehr
- Lohnfortzahlung bei Krankheit, vier Tage mehr Urlaub, freie Arztwahl
- Überstundenabbau und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

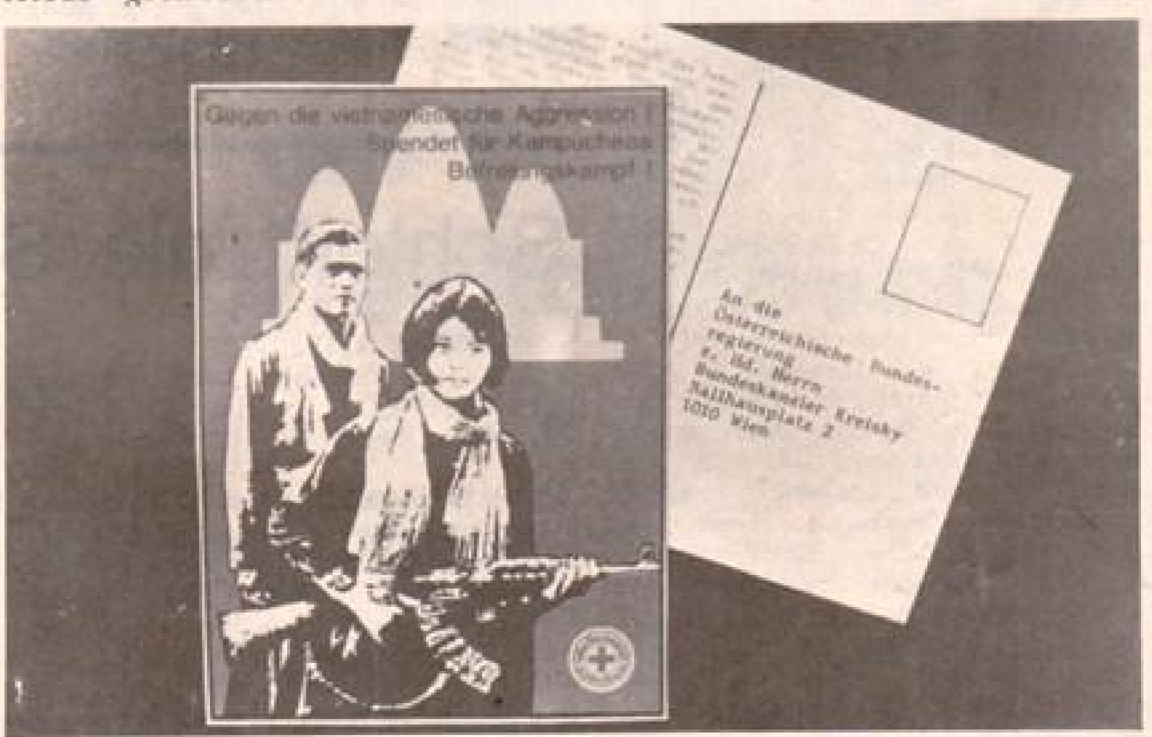
Da die S-Bahn in Westberlin, wie auch die auf S-Bahn-Gelände endenden Zugverbindungen des Interzonengütertransports, der Hoheitsverwaltung der DDR-Reichsbahn-Direktion unterstehen - eine nach dem 2. Weltkrieg von den vier Besatzungsmächten Berlins ausgehandelte Regelung, die das S-Bahn-System der Stadt als vor allem in Ost-West-Richtung schnellste Verbindung erhalten sollte - verlangte das Streikkomitee von der westdeutschen Bundesregierung unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen mit dem DDR-Verkehrsministerium über die Übernahme der S-Bahn in Westberlin, die ohnehin seit dem Bau der Mauer 1961 vom S-Bahn-System in Ostberlin abgetrennt ist, ohne daß sich jedoch für die Westberliner Beschäftigten der Dienstherr geändert hat.

Ein wütendes Propaganda-Feuer der DDR war die sofortige Reaktion auf den Streik der Reichsbahner; flankiert von unverhohlener Schadenfreude Westberliner Senatsbourgeois, die diesen Arbeitskampf gegen den "entwickelten Sozialismus" der DDR zunächst mit heuchlerischer "Sympathie" ausschlachten wollten. Sie wurden aber bald von der sozialdemokratischen Bundesregierung auf Kurs gebracht. Bundeskanzler Helmut Schmidt betonte auf dem zur gleichen Zeit in Westberlin stattfindenden Gewerkschaftstag der IG Metall, dieser Konflikt werfe "äußerst komplizierte arbeitsrechtliche und politische", ja sogar "internationale" Fragen auf. In jedem Falle gelte für die westdeutsche Regierung absolute "Nichteinmischung", wie "in lohnpolitischen Konflikten üblich". Die Forderung nach Übernahme der Reichsbahn in Westberlin war damit kategorisch zurückgewiesen.

Als die streikenden Arbeiter zur Bekräftigung ihrer Forderungen die Stellwerke des "Interzonengüterverkehrs" blockierten, der gesamte S-Bahn-Verkehr in Westberlin lahmlag, die DDR-Behörden mit Schikanen gegen die Personentransitzüge BRD-Westberlin die Reichsbahnarbeiter zu isolieren versuchten, gab die Bundesregierung "tiefer Besorgnis" Ausdruck. Zugleich jedoch dachte die westdeutsche Finanzbourgeoisie nicht im Traum daran, sich in die mißliebige Position des unmittelbar greifbaren Adressaten der Forderungen der Bahnarbeiter zu bringen. Alles war darauf abgestellt, mit der DDR-Bourgeoisie in der Niederringung des Streiks zusammenzupackeln.

Nach 10 Tagen, während gleichzeitig Aufweichmanöver gestartet wurden, etwa die Übernahme der entlassenen Reichsbahner durch die westdeutsche Bundesbahn bzw. Westberliner Betriebe vorgeschlagen wurde, verstärkte sich der Spaltungsdruck auf die Streikfront beträchtlich. Zahlreiche Arbeiter haben aus Empörung ihrerseits gekündigt.

Am 13.10. berät die westdeutsche Eisenbahnergewerkschaft darüber, durch Verhandlungen mit der Bundesregierung, dem Westberliner Senat und den Besatzungsmächten die gewerkschaftliche Vertretung der Westberliner Reichsbahner, die bislang dem FDGB der DDR zugewiesen sind, im Rahmen des DGB zu erreichen.



Auf diesem Bild sind Solidaritätspostkarten abgebildet. Sie werden zum Preis von S 2,- verkauft und snd ein gutes Mittel in der Solidaritätsarbeit. Gebt sie weiter, schickt sie an die Bundesregierung, um die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea zu fordern.

Ebenso können über die Redaktionsadresse bezogen werden:

- Plakat (44x62cm)
- Flugblatt
- Informationsbroschüre
- Quittungsblocks.

Die Blocks dienen als Berechtigungsnachweis für den Sammler, andererseits die durchnumerierten Blätter als Verrechnungsbelege.

Spendenempfang bestätigt



កម្ពុជាប្រជាធិបតេយ្យ

DÉLÉGATION PERMANENTE
DU KAMPUCHEA DÉMOCRATIQUE
AUPRÈS DE L'UNESCO

2, PLACE DE BARCELONE · 75016 PARIS
TÉLÉPHONE : 288.55.65

Paris, le 20 Septembre 1980

Réf. 161/80/DPU

Monsieur Walter Lindner
Kommunistischer Bund Osterreichs
Postfach 101,
1052 WIEN
AUTRICHE

Chers amis,

Nous avons le plaisir d'accuser réception de votre collecte d'une valeur de 282.000 Schilling autrichien en faveur de la Croix-Rouge du Kampuchea Démocratique. Nous ne manquerons pas de transférer, dans les plus brefs délais, le montant de cette collecte à notre Croix-Rouge qui l'utilisera dans l'achat de médicaments et de nourriture, ce dont notre peuple a le plus besoin actuellement.

Nous vous prions de bien vouloir transmettre aux généreux donateurs nos plus profonds remerciements pour leur soutien humanitaire en faveur de notre peuple, soutien qui, dans les circonstances présentes, constitue pour lui un très grand réconfort et contribuera à alléger ses souffrances.

En vous renouvelant nos sincères remerciements pour votre soutien et votre solidarité active avec la juste cause de notre peuple, victime de la guerre de génocide des autorités de Hanoï, veuillez agréer, chers amis, l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Chef de la Délégation permanente



SAKUN

Paris, am 20. September 1980

Liebe Freunde,

Mit Freude bestätigen wir Euch den Empfang der Gelder Eurer Sammlung im Wert von 282.000,- öS zugunsten des Roten Kreuzes des Demokratischen Kampuchea. Wir werden den Erlös der Sammlung so rasch als möglich an unser Rotes Kreuz weiterleiten, das ihn für den Ankauf von Medikamenten und Nahrungsmitteln verwenden wird, was unser Volk zur Zeit am dringlichsten braucht.

Wir bitten Euch, den großzügigen Spendern unseren tiefempfundenen Dank zu übermitteln für ihre humanitäre Hilfe an unser Volk, eine Hilfe, die unter den gegenwärtigen Umständen eine große Unterstützung für unser Volk darstellt und seine Entbehrungen lindern helfen wird.

Wir danken Euch aufrichtig für Eure Unterstützung und tatkräftige Solidarität für die gerechte Sache unseres Volkes, das Opfer eines Ausrottungskrieges seitens der Hanoier Behörden ist.

Mit den besten Grüßen

OK SAKUN

Leiter der Ständigen Vertretung des Demokratischen Kampuchea bei der UNESCO

DER 10.OKTOBER DES HERRN TSCHUNDER

Von S.Jakob

Herr Adolf Tschunder erhob sich von seinem Lager. Daß er mit Vornamen Adolf hieß, dafür konnte er nichts. Den Namen hatte ihm sein Vater gegeben, und das war damals eben die Zeit. Übrigens war jener Adolf noch nicht einmal Reichskanzler, als Tschunder den Namen erhielt, man hieß damals eben so.

Herr Adolf Tschunder erhob sich also von seinem Lager. Es war noch früh am Morgen, denn er liebte es, noch vor dem Frühstück in ein Paar alter Jeans zu schlüpfen, in seinen BMW zu springen und rasch zum Reitstall hinüberzufahren, wo er sich selbst um seinen Lieblingshengst "Star" kümmerte und gleichzeitig ein Auge auf die zwei Stallburschen hatte. Es war schon "Star" Nummer zwei, nicht mehr der alte Star, nach dem er sein Erfolgsprodukt, die "Star-Spanplatten" benannt hatte, und an den er oft mit Ergriffenheit zurückdachte.

Während er die ausgebleichten bequemen Cowboy-Hosen überstreifte und einen ebenso saloppen Sweater über den Kopf zog, blickte er mehrmals schaudernd auf das andere Gewand, das ihm das Mädchen für heute herausgelegt hatte, diese absonderliche braune Trachtenuniform, die ein Mensch mit gutem Geschmack doch wirklich nicht tragen konnte.

Der Schneider, von dem er die Smokings und anderen Anzüge bezog, hatte fast geweint, als er ihm dieses Ding machen mußte. "Sowas kann man überhaupt nicht so machen, daß es elegant ausschaut, Herr Kommerzialrat", hatte er gejammert, "damit werden S' immer ausschaun wie ein Hinterwäldler, wenn Sie mir den Ausdruck entschuldigen wollen", und er hatte recht gehabt. Trotz seiner immer noch guten Figur und der ausgezeichneten Haltung, die er als ehemaliger Turnierreiter hatte, schlotterte dieses Ding an ihm herum, wie ein alter Sack. Es mußte einfach schlottern, das schien zu seinen Bestimmungsmerkmalen zu gehören wie die scheußliche braune Farbe, die Form der Aufschläge, der Schnitt der Taschen und alle anderen Kennzeichen, die im Jahre 1911 von der Kärntner Landsmannschaft für den Kärntneranzug festgelegt worden waren.

Wenn er vor dem Spiegel stand und sich die schmale Krawatte band, und dann noch den Hut aufsetzte, der genauso unmöglich war, wie das übrige, hatte er immer das Gefühl, er müßte sich jetzt noch eine eisengraue Fliege ins Gesicht malen, die Schultern nach vorn fallen lassen und den Mund zu einem dünnen Strich zusammenpressen, damit die Uniform vollständig sei und er wirklich jenen ausgemergelten verbissenen Bauerntypen gliche, die sich trotz ihres Gelenksrheumatismus an jedem zehnten Oktober von ihren kargen Höfen auf den alten Platz in Klagenfurt schleppten, um dort mit starrem Blick und unbewegtem Gesicht den Reden zu lauschen und sich als Männer zu fühlen, die einer großen Volksgemeinschaft angehörten und eine historische Aufgabe zu erfüllen hatten, wenn sie auch nicht mehr wußten, worin diese bestand. Freilich, es gab auch andere Typen unter ihnen, solche mit Bäuchen, Kleinbürger und Großbauern, Beamte, Lehrer, auch Arbeiter, und sogar einige junge Leute verschiedenster Herkunft. Aber niemand paßte so gut in das schlechtsitzende Kärntnergewand, wie diese vertrockneten Kleinhäusler.

Während Tschunder in der Frühsonne zum Reitstall brauste, kam ihm der Gedanke, sich doch einfach vor den heutigen Feierlichkeiten zu drücken. Er könnte doch ausrichten lassen, daß er krank sei, oder dringend verreist oder sonst etwas. Aber freilich, vor solchen Feiern konnte man sich genausowenig drücken, wie vor der jährlichen Gesellschafterversammlung seiner Ges.m.b.H., der Weihnachtsansprache für seine Mitarbeiter und den Cocktailparties und Mitaggessen für die Geschäftsfreunde. Als ihm sein Vater zur Diplomprüfung eine eigene Firma und seinen besten Direktor geschenkt hatte, hatte er ihm eingeschärft: "Eigentum verpflichtet", und daran hatte er sich stets gehalten.

Er hate seinem Vater viel zu danken. Er selbst hatte zwar das Unternehmen soweit gebracht, daß die "Tschunderplatten" heute nicht nur ein Markenname, sondern einfach ein Begriff für solche Produkte war, doch die eigentlichen großen Krisen des Geschäfts hatten sein Vater und sein Großvater durchgestanden.

Der Großvater hatte noch eine Landwirtschaft betrieben, mit angeschlossenem Sägewerk. Tschunder hatte ihn noch gekannt. Wenn er auch ein Bauer gewesen war, so war er doch auch ein richtiger Herr. Zu seinen Knechten und Mägden, wie zu seinen Arbeitern war er streng, aber gerecht, wie ein Vater. Sogar wenn sie heiraten wollten, mußten sie ihn um Erlaubnis bitten. Dafür bekamen sie auch etwas von ihm zur Hochzeit, ein, zwei Flaschen Wein, wenn es ein Bursch war, etwas Leinen für die Aussteuer, wenn es ein Mädchen war. Seine Knechte und Mägde waren alle Slowenen, aber im Sägewerk und später in der Papierfabrik, die er dazugebaut hatte, beschäftigte er als Vorarbeiter nur Österreicher. Auf dem Hof gab es keine Schwierigkeiten, Großknecht und Großmagd waren mit dem Hof verbunden, fühlten sich als Stellvertreter des Bauern und wahrten seine Interessen, auch wenn er eine andere Sprache sprach. Bei den Arbeitern war das anders, die waren entwurzelt. Sie waren oft Bauern oder Söhne von Bauern, die ihren Hof an Großgrundbesitzer verloren hatten, und diese Großgrundbesitzer sprachen deutsch. Denen setzte man am besten Aufpasser vor, die die Sprache ihrer Feinde sprachen. So konnten sie sich mit ihnen nicht so leicht verbünden, und die Vorarbeiter mußten sich wohl oder übel enger an ihren Herrn anschließen und seine Interessen zu den ihren machen. Freilich mußte man aufpassen, daß man keinen Roten erwischte, der überall nur Klassen sah und keine Nationen. Doch der Großvater fürchtete auch die Roten weniger, seit sich die Sozialdemokratische Partei der Monarchie selber in lauter nationale Parteien zersplittert hatte.

Auch vor dem Krieg hatte es schon Agitatoren gegeben, die für ein unabhängiges Slowenien eintraten. Es gab slowenische Rechtsanwälte und Doktoren usw., denen ging es vielleicht mehr um die Kultur, um die slowenische Dichtung, wenn es so etwas überhaupt gab, oder etwas ähnliches. Aber für die Bauern hieß das "unabhängige Slowenien" einfach, daß sie den Grund der deutschen Gutsbesitzer und Adeligen bekommen würden. Und da war für Tschunders Großvater die Grenze. Wer sich am Eigentum vergriff, rührte an den Grundlagen jeglicher Kultur und Zivilisation.

Der Krieg machte dieser Agitation zunächst ein Ende.

Großvater und Vater Tschunder machten während des Krieges ziemlich gute Geschäfte mit Heereslieferungen. Der Krieg schien hauptsächlich ein Papierkrieg zu sein, jeder Soldat mußte, bevor er sich erschießen lassen ging, auf mindestens einem Kilogramm Papier registriert und verzeichnet sein.

Die Hoffnungen der Tschunders auf neue Sägewerke im Osten, die russische Birkenwälder zu duftenden Brettern verarbeitet hätten, erfüllten sich allerdings nicht.

Stattdessen kamen nach dem Zusammenbruch verwilderte Horden von den Fronten zurück, die sich mit allen verbrüdert hatten, auf die sie vorher geschossen hatten, und, weil sie immer noch die Gewehre in den Händen hielten, im Land die Macht übernahmen. Tschunders Vater hatte ihm öfter von diesen struppigen Männern erzählt, halb in Uniform, halb in Zivil, mit roten Armbinden, die sich "Soldatenrat" und "Arbeiterrat" nannten und in deren Versammlungen immer wieder das Wort "Sowjetösterreich" fiel und davon geredet wurde, daß das Land den Bauern gehören sollte, die es bebauten, und die Fabriken den Arbeitern, die darin produzierten. "Damals", so hatte sein Vater gesagt, "habe ich gelernt, daß man keine Vorurteile haben und immer nach dem gehen soll, was einer tut, und nicht nach dem, was er sagt. Die Sozialdemokraten haben damals den Arbeitern eine Arbeiterrepublik versprochen, und in Jugoslawien haben sie ihnen eine Art Bauernrepublik versprochen. Das haben sie gesagt. Aber aufgerufen haben sie zur Volksabstimmung, die einen für Österreich, die anderen für das serbische Königreich, siehst Du, aber nur, wenn sie zusammengearbeitet hätten, hätten sie vielleicht das erreichen können, was sie versprochen haben. Und deshalb habe ich damals die unterstützt, gerade weil sie Rote waren, weil außer ihnen hätt keiner mehr die Arbeiter zügeln können." Genauso hatte Tschunders Vater freilich den neugegründeten Heimatdienst unterstützt und die Trupps des Major Steinacher, die den Soldatenrat zerschlugen. Er kannte keine Vorurteile. Und diesen Heimatbund, wie er sich später nannte, unterstützte er auch, als die Sozialdemokraten ihre Schuldigkeit getan hatten und die Regierungsbank den Christlichsozialen allein überlassen hatten. Großvater Tschunder hatte mit seinen Knechten noch slowenisch gesprochen, wenn er freundlich sein wollte. Für Vater Tschunder kam das nicht in Frage. Man mußte ihnen klar machen, daß sie gar keine Slowenen waren, sondern Österreicher, Deutsche, oder wenigstens Windische, denn solange sie von Slowenien träumten, war Vater Tschunder seiner Wälder nicht sicher. Man mußte damals halten was man hatte, denn man lebte in einem kleinen Land, und die Chancen sich selbst zum Oberherrn Osteuropas aufzuschwingen, waren mit dem verlorenen Krieg dahin.

Doch freilich, man stand nicht allein da, und es gab ein mächtiges Nachbarland, das sich von einem verlorenen Krieg nicht abschrecken ließ, es ein zweites mal zu versuchen. Und so wie Vater Tschunder dachten einige, daß es besser war, als Gefolgsmann der großen Herrenrasse an das Blei, Zink, Molybdän, an die Betriebe und die Wälder jenseits der Karawanken heranzukommen, als überhaupt nicht. Ob sein Vater ein Nazi gewesen war, wußte Tschunder nicht. Er hatte ihn nie danach gefragt. Er wußte nur, daß er 1939 seine Besitzungen um ein großes Faserplattenwerk und eine Isolierplattenfabrik erweiterte. Nun ja, er beschäftigte auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus dem KZ, die praktisch nichts kosteten. Aber wer tat das damals nicht? Die Bleiberger Bergwerksunion hatte es getan, die Treibacher Chemie, die Konkurrenzfirma Pleitgeb. Immerhin, hätte man sie nicht zur Arbeit gebraucht, wären sie vergast worden. So hat man ihnen gewissermaßen vielleicht das Leben gerettet. Und wie zeigten sie ihre Dankbarkeit? Indem sie wieder zu Jugoslawien wollten.

Tschunder war kein Faschist. Er war kein Freund von Konzentrationslagern und Folterungen. Er war ein wohlerzogener, zivilisierter Mensch, ein Demokrat und verantwortungsbewußter Geschäftsmann. Aber eines war ihm klar, und darin hatte sein Vater recht gehabt: Solange diese Menschen, von denen er einige wirklich als anständige und ehrenwerte Leute kannte, solange sie sich als Slowenen fühlten, sah er seine Wälder, seine Fabriken, kurz - seine Existenz in Gefahr. Er war kein Nationalist, aber er mußte an seine Familie denken und auch an die tausendfünfhundert Arbeitsplätze, für die er verantwortlich war.

Ja, wenn es ihnen nur darum ginge, in ihren Kulturvereinen "valossn, valossn..." auf slowenisch singen zu dürfen und für ein paar Subventionsschillinge zu bekommen, warum sollten sie nicht. Aber das war es ja - und das sahen einige seiner liberalen Freunde in Wien nicht - sie sangen eben nicht "valossn, valossn...", sondern ihre Partisanenlieder und solches Zeug, das sie immer wieder daran erinnerte, daß sie ein Volk ohne eigenes Land waren.

Adolf Tschunder striegelte eigenhändig seinen "Star", fütterte ihn mit Zuckerstückchen und unterhielt sich mit ihm. Pferde waren eben doch die besseren Menschen. Die streikten nicht, die forderten nichts, die beschwerten sich nicht über die Arbeitslosigkeit oder über niedrige Löhne, und nicht einmal darüber, daß sie in die Wurst kamen, wenn sie alt wurden. Denen braucht man keine Aufmärsche bieten und keine fanatischen Reden halten, um sie bei der Stange zu halten, sie bekamen ihr Futter und reagierten auf den leisesten Schenkeldruck.

Doch der schöne Morgen dauerte nicht ewig, Tschunder mußte zurück, mußte sich doch in den so wenig kleidsamen Trachtenanzug quälen und sich auf den Weg zu den Feierlichkeiten machen.

Bei dem Gedanken, welchem Sammelsurium von Fanatikern er jetzt würde die Hände schütteln müssen, konnte er sich einiges Ekels nicht erwehren. Alle diese Heimattreuen, Deutschnationalen, Rassenfanatiker, die mit tödlichem Ernst Ideen verfochten, an die doch kein vernünftiger Mensch glauben konnte! Er konnte noch verstehen, daß man daraus ein Geschäft machte, aber daß man glaubte, etwa gar anfing, Schädel zu vermessen...? Das sollte sich einer trauen, seinen Schädel zu vermessen. Im Grunde gab es doch nur zwei Sorten von Menschen: Die die es zu etwas brachten, und die die zu dumm waren dazu. Und mit den Dummen wollte er nicht mehr zu tun haben, als nötig.

Tschunder hatte eingewilligt, dieses Jahr seinen Arbeitern den Tag frei zu geben, bezahlt natürlich, damit sie zu den Feierlichkeiten kommen könnten. Es war immerhin der sechzigste Jahrestag der Volksabstimmung. Und er hatte auch eingesehen, daß man ihnen auch die Fahrtspesen ersetzen mußte, wenn sie schon kommen sollten, anstatt das verlängerten Wochenende zu einem Familienausflug zu nutzen. Und sicher würden trotzdem nicht alle kommen. Warum - so fragte sich Tschunder - warum sollten sie auch kommen, warum sollten sie sich auch ereifern für dieses Kärnten, das doch i h m gehörte.

Als Tschunder auf dem Alten Platz eintraf, beklatschte die Menge gerade irgendeinen Redner. Unlustig betrat er die Tribüne. Aber was sein mußte, mußte eben sein, und der Tag würde auch vorübergehen. Am Montag würden die da unten wieder im Betrieb stehen, würde der Schilling wieder rollen. Und dafür trug man schon einen Tag lang den Kärntneranzug.

Schleift die Sensen

Text: Milan Apih, 1937
Melodie: polnisches Lied, in Österreich bekannt als "Verronnen die Nacht ..."
Deutscher Text: Martin Auer

Die Sensen jetzt schleift, denn die Saat ist gereift
Das wird eine reiche Erntezeit!
Die Schneiden laßt singen, ein Lied laßt erklingen
Schärft gut, denn das Korn ist zum Schnitt bereit.
"Zum Kampf für ein freies Leben!"
Alle Dörfer hören das Signal.
Wir bleiben stets Knechte, wenn wir uns nicht erheben
Drum schärft eure Sensen, uns bleibt keine Wahl!

Das Feld, wo wir ackern, der Hof, wo wir rackern
Gehören schon lange der Bank.
Für Zinsen und Steuer fließt das Korn aus der Scheuer
Umsonst schwitzt der Bauer sich krank.
Siehst du nicht, wie sie uns verkaufen?
Komm zur Vernunft, Bauersmann!
Verlaßt eure Pflüge, kommt zuhauf, Unterdrückte
Macht scharf eure Sensen und drauf und dran!

Wir sind nicht die ersten, die das Joch von sich werfen
Vor uns haben andere es gewagt und gesiegt.
Die haben's geschafft, daß kein Grundherr mehr rafft
Und daß, wer arbeitet, selber die Früchte pflückt.
Wir vollenden, was sie begonnen
Slowenen, die Kräfte gespannt!
Das Morgenrot brennt, unsre Zeit ist gekommen
Das Korn ist gereift, nehmt die Sensen zur Hand!